



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

27. Sitzung vom 7. Dezember 2015

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.18 Uhr

Leitung: Christoph Anliker

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: R. Ewald, St. Glaser, J.-B. Urech-Wyss

Präsident:

Ch. Anliker

Protokoll:

Isabelle Wilhelm

Mitteilungen des Präsidenten:

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker, SVP, begrüsst die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie die Gäste zur Sitzung. Allen voran die neuen Gesichter in der Runde: Brigitte Strondl, SP, Karin Glaser, Grüne, sowie Karl J. Heim, CVP.

Entschuldigt haben sich: R. Ewald, St. Glaser, J.-B. Urech-Wyss
Somit sind 37 Einwohnerratsmitglieder anwesend.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Die eingegangenen Anfragen werden am Schluss der Sitzung durch die Gemeinderäte beantwortet.

- Anfrage Chr. Anliker, SVP-Fraktion: Erhöhung Kosten für die Fasnacht wegen der BVB 184
- Anfrage SP-Fraktion: Schwimmunterricht an der Sekundarschule Binningen-Bottmingen 185
- Postulat SP-Fraktion: Mobile Jugendsozialarbeit 186
Der Einwohnerratspräsident erwähnt, dass das überparteiliche Postulat der SP-Fraktion auch von Susanna Keller unterschrieben wurde.
- Postulat SP und der Grünen/EVP: Konkretisierung gesetzlicher Grundlagen zur konsequenten Umsetzung des Verbots sexistischer Plakatwerbung. 187

Eduard Rietmann, Parteilos, beantragt einen Sitzungsunterbruch, bevor auf die verschiedenen Traktanden eingegangen wird. Er stört sich am Transparent mit der Aufschrift „*STOPP. Rotstift jetzt beiseite legen und dem ANTRAG der GRPK folgen: LOHN NICHT KÜRZEN. Vielen Dank. Euer Service Public*“, welches am Fenster im Saal aufgehängt wurde. Der Einwohnerratssaal ist kein Werbebannerträger, moniert E. Rietmann. Er beantragt, das Werbebannerträger entfernen zu lassen. Erst dann soll die Sitzung fortgesetzt werden.

Gaida Löhr, SP, erklärt mit einem Satz, dass sie das Transparent nicht stört.

Christoph Maier, FDP, findet, dass es sich hier um eine Frage der politischen Kultur im Rat handelt. Soll künftig toleriert werden, dass – je nach Geschäft – solche oder ähnliche Transparente und Botschaften an derselben Sitzung angebracht werden dürfen, fragt er sich. Er ist der Meinung, dass ein solches Vorgehen der Diskussionskultur im Rat nicht zuträglich ist und nicht toleriert werden soll. Er bittet deshalb darum, dass das Plakat entfernt wird.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker kündigt an, dass über den Antrag von Eduard Rietmann (das Plakat entfernen) abgestimmt werden soll:

ABSTIMMUNG Antrag FDP, soll das Plakat entfernt werden?

Der Stimmenzähler, Jürg Humbel, FDP, bittet um Nachzählung, da das Ergebnis sehr knapp ist. Möglicherweise hat eine Person nicht abgestimmt oder sie wurde nicht mitgezählt. Es wird wiederholt abgestimmt. Stimmenzähler, Jürg Humbel informiert, dass das „Rätsel“ gelöst werden konnte. Offenbar wurde in der ersten Abstimmung eine Stimme nicht mitgezählt. Das vorliegenden Ergebnis ergibt eine „Pattsituation“ (*verhaltenes Schmunzeln im Saal*)

Resultat:

Ja: 15 / Nein: 15 / Enthaltungen: 7

Stefan Kaiser, FDP, weist auf den §12 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats / Büro des Rates hin. Dies, um dem Einwohnerratspräsidenten die Entscheidung über die Situation zu „erleichtern“. Demnach hat das Büro (unter Punkt d) des fraglichen Paragraphen unter anderem die Befugnis, Bild- und Tonauf-

nahmen zuzulassen. Der Redner folgert, dass darunter auch die „Plakataufhängung“ fällt. Er erklärt, dass an der Büro-Sitzung vom 4.12.2015 seines Wissens (er war auch dabei) nicht über eine solche Situation diskutiert wurde. Deshalb ist für ihn der Fall klar.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP, erinnert den Einwohnerratspräsidenten daran, dass es alleine an ihm ist, einen Stichtentscheid zu fällen. Eine versuchte Beeinflussung des Präsidenten lehnt sie strikt ab. Ton- und Bildaufnahmen hält sie für etwas anderes als einen „Banner“.

Sven Inäbnit, FDP, möchte seine geschätzte Landratskollegin Rahel Bänziger darauf aufmerksam machen, dass ein solches Vorgehen im Landrat untersagt ist. Weil es hier im Einwohnerrat nicht klar geregelt ist, kann der Landrat als Vorbild dienen. Dort ist glasklar geregelt, dass von Nicht-Ratsmitgliedern während der Debatte keine politischen Transparente und Aussagen gemacht werden dürfen.

Simon Abt, SP, erinnert Sven Inäbnit daran, dass sie den Landrats-Saal ja ebenfalls kennt. Dort sind solche Transparente nicht so sehr nötig, weil die Sitzungen ja am helllichten Tag stattfinden. Eine Demonstration draussen, vor dem Balkon, wird daher von den Landrätinnen und Landräten gut wahrgenommen und gut gehört. Die vorliegende Situation beim Einwohnerrat ist aber anders; Wenn Leute jetzt draussen demonstrieren würden, wäre dies zu dieser nachtschlafenden Zeit nicht so angenehm.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker kündigt seinen Entscheid an: Grundsätzlich sind wir in der Schweiz, mit einer freien Meinungsäusserung. Auch wenn er es persönlich auch „nicht gerade toll findet“, dass das Plakat aufgehängt wurde, entscheidet er, es dort zu belassen. Er bittet für die Zukunft darum - und dies möchte er nochmals ganz klar sagen – dass jegliche Äusserungen auf Plakaten oder sonstigen Sachen, unterlassen werden.

Er möchte mit der Sitzung weiterfahren.

BESCHLUSS

://: Das Plakat wird während der laufenden Sitzung hängen gelassen. Künftig werden solche Aktionen nicht mehr geduldet.

Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung:

Der Einwohnerratspräsident berichtet, dass Roger Moll der letzten Sitzung nun doch nicht unentschuldig ferngeblieben ist, wie es dies in der ersten Fassung des Protokolls vermerkt war. Roger Moll's Abwesenheitsmeldung per Mail hatte den Empfänger (Sekretariat Einwohnerrat) nicht erreicht. Deshalb hat er sich nachträglich offiziell nochmals per Brief entschuldigt und der Umstand wurde geklärt.

Das Votum von Susanna Keller wurde korrigiert. Es handelt sich um ein Votum auf p. 3, Traktandum 2, Abschnitt 2. Dort wurde der Stundenansatz fälschlicherweise mit CHF. 1.30 angegeben. Richtig sollte der Stundenansatz aber CHF 30 betragen (*entstanden aufgrund eines akustisches Problem, bei der Aufzeichnung durch das Aufnahmegerät.*) Das Votum von Rahel Bänziger wurde korrigiert. Es handelt sich um ein Votum auf p. 17. Darin bezeichnet sie den Vorstoss als eigentliches Postulat. Richtig sollte es aber heissen „...als eigentliche Interpellation“.

Das Protokoll wird anschliessend verdankt.

Gabriela Vetsch, SP, möchte als Postulantin von ihrem Recht Gebrauch machen und ihr Postulat begründen.

Einwohnerratspräsident Chr. Anliker übergibt ihr deshalb das Wort.

Gabriela Vetsch mit Erläuterungen zum Postulat:

Das Postulat zur Konkretisierung vom Verbot von sexistischer Werbung wurde eingereicht von der SP und der Grünen/EVP. Die Begründung lautet: Niemand wird gerne diskriminiert. Wer in irgendeiner Form einer Minderheit angehört und das schon einmal am eigenen Leib erfahren musste, der weiss genau, von was die Rednerin spricht, so G. Vetsch. Die anderen können sich das wahrscheinlich sehr gut vorstellen. In einem solchen Fall sich für Achtung einzusetzen, das ist für viele ganz selbstverständlich. Und das ist auch gut so. Doch eine Form der Diskriminierung scheint heute immer noch durchzudrücken, die Rede ist von sexistischer Werbung. Dabei handelt es sich um Werbung, die ein bestimmtes Geschlecht als besitzbar, käuflich oder einfach abwertet. Diese Bilder haben eine Wirkung. Öffentlich aufgehängt kann sich niemand entscheiden, ob man sie sehen möchte oder nicht. Die Botschaft kommt an, bevor sie überhaupt abgewehrt werden kann. Das ist zum Beispiel bei einem Heft oder im Internet anders. Die Rednerin versucht sich vorzustellen, wie Eltern, Tanten oder der Götti versuchen, einem siebenjährigen Knaben oder Mädchen zu erklären, was ein bestimmtes Bild / Poster „will“ und warum das bei der Mutter oder bei der Tante ganz bestimmt nicht so ist. Im Januar 2015 hat es im Landrat einen ganz ähnlichen Vorstoss gegeben. Er wurde auf Empfehlung des Regierungsrats und des Landrats abgelehnt. Die explizite Begründung damals lautete, dass eine solche Regelung ein viel zu grosser Eingriff in die Gemeindeautonomie ist. Das heisst, dass es nun deshalb hier, in der Gemeinde Binningen, nötig ist, etwas zu unternehmen. Dies insbesondere deshalb, weil die Gemeindepolizei im Merkblatt zur Benutzung der Plakataushangstellen (die Votantin zitiert aus dem Merkblatt) „im Interesse der Sittlichkeit insbesondere auch Plakate, die sexistische Darstellungen zeigen“ bereits verbietet. Der Wille ist also da, stellt die Rednerin fest, auch wird das Problem erkannt.

Aus dem Grund reichen die SP und die Grünen/EVP das Postulat ein. Der Gemeinderat soll prüfen und berichten, wie ein solches Verbot konkretisiert werden kann, so dass sexistische Werbung auch auf öffentlich einsehbarem Raum verboten wird, schliesst die Rednerin.

Gaida Löhr, SP, erläutert anschliessend ihr Postulat wie folgt: In Binningen gab es sehr lange die „Mobile Jugendarbeit“. Sie wurde vor einem Jahr gestrichen, sehr diskret, ohne dass man „eigentlich richtig etwas mitbekommen hätte“. Auf ihre Nachfrage hin wurde ihr beschieden, dass die heutigen Jugendlichen „anders“ sind und dass sie die Mobile Jugendarbeit nicht gefunden haben. Susanna Keller und sie selbst wissen sehr wohl, wo sie (die Jugendlichen) sind. Deshalb hat man sich zu dem Postulat entschieden. Es verlangt, dass die Arbeit weitergehen soll. Es gibt auch noch ein paar andere, die wissen, wo die Jugendlichen sind, so G. Löhr; zwei eingeschlagene Fenster im Schulhaus Spiegelfeld, ein Einbruch und viel Graffiti zeigen einen solchen Standort. Einige andere sind etwa jenen bekannt, die abends durch das Dorf gehen. Sie möchte dem Gemeinderat wirklich ans Herz legen, dass die Arbeit weitergeführt wird. Sie hofft, dass man sich einsetzt mit einem Jugendarbeiter, der die Jugend schliesslich auch findet.

Der Einwohnerratspräsident verweist auf die anstehende dicht befrachtete Traktandenliste. Er bittet um kurze, knappe und prägnante Voten, schliesslich muss auch noch das Budget besprochen werden. -Weil die Ersatzbeschaffung und die Teilrevision des Parkreglements auf das Budget einen Einfluss haben könnten, werden diese Geschäfte noch vor dem Budget beraten, erklärt der Einwohnerratspräsident.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 26.10.2015	
2. a) Ersatzwahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	179
b) Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	180
c) Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	181
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.11.2015 Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Feuerwehr Binningen Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	149
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.11.2015: Teilrevision Parkraumreglement Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	183
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.09.2015: Budget 2016, Leistungsaufträge 2016, Finanzplan 2017 – 2020 Geschäftskreisführung: Mike Keller	174
Bericht der GRPK zum Budget 2016	174A
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.11.2015: Totalrevision Personalrecht Geschäftskreisführung: Mike Keller	151
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.11.2015: Investitionsausgabe von CHF 195 000 für zwei Fotovoltaikanlagen Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli	182
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.11.2015: Postulat Grüne/EVP, Umsetzung Förderung Energieeinsparungen und Wiederaufnahme Umweltprojekte Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli	166
9. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 26.10.2015

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 171

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

Gaida Löhr schlägt namens ihrer SP-Fraktion Brigitte Strondl als Mitglied in die BPK vor.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016 wird Brigitte Strondl, SP, in stiller Wahl gewählt.

Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

Silvia Bräutigam schlägt namens ihrer CVP-Fraktion Karl J. Heim als Ersatzmitglied in die GRPK vor.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016 wird Karl J. Heim, CVP, in stiller Wahl gewählt.

Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

Rahel Bänziger schlägt namens ihrer Grünen/EVP-Fraktion Karin Glaser als Ersatzmitglied in die GRPK vor.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016 wird Karin Glaser, Grüne, in stiller Wahl gewählt.

Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Feuerwehr Binningen

EINTRETEN

Das Eintreten wird nicht bestritten.

EINTRETENSDEBATTE

Jürg Humbel, FDP, hat das Papier studiert. Eine Werbeagentur hätte das nicht besser verfassen können, kommentiert er. Die Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass es dringend notwendig ist, dass das Fahrzeug beschafft wird. Ein kleines Fragezeichen stellt der Rückkaufswert des Fahrzeugs mit knapp CHF 17 000 dar, was ein relativ niedriger Betrag ist. Seine Fraktion bittet den Gemeinderat, beim definitiven Abschluss nochmals Einfluss zu nehmen, so dass der Rückkaufsbetrag wieder etwas heraufgesetzt wird. Davon abgesehen stimmt seine Fraktion dem Kredit zu.

Carolle von Ins, Parteilos, SP-Fraktion, möchte zunächst mögliche Missverständnissen aus dem Weg räumen, bevor sie ihr eigentliches Votum hält. Sie erklärt, dass sie mit dem Feuerwehrkommandanten Hptm M. von Ins „nichts zu tun hat“ bzw. trotz dem selben Nachnamen stammen sie nicht aus derselben Familie, auch kennen sie sich nicht, auch nicht ihren Bruder, ihren Ehemann oder ihren Cousin. Gleichwohl möchte sie die Gelegenheit wahrnehmen und Herrn von Ins recht herzlich grüssen. Für die Fraktion, leitet sie ihr Votum ein, ist eine effiziente, zeitgemässe und sichere Feuerwehr in Binningen sehr wichtig, das steht ausser Frage. Bei der Bearbeitung der Unterlagen haben sich jedoch Fragen aufgetan. Ihre Fraktion erwartet eine Antwort darauf, bevor sie zum Geschäft Stellung nehmen kann.

1. Es wurde gesagt, dass das heutige Tanklöschfahrzeug nicht mehr zeitgemäss ist, dass Reparaturen sehr teuer wären, jedoch wurden keine Zahlen genannt. Ihre Fraktion möchte wissen, was eine Instandstellung kosten würde.
2. Es wurde „mit Freude“ festgestellt, dass die Feuerwehren Binningen, Bottmingen und das Bruderholzspital zusammenarbeiten. Weil Binningen eine Gemeinde direkt an der Stadtgrenze ist, war auch einmal die Rede von einer Zusammenarbeit mit Basel-Stadt. Die Frage lautet, ist dies noch aktuell, sind Gespräche geführt worden, wie ist die Situation?
3. Ihre Fraktion hat Verständnis dafür, dass Fahrzeuge angeschafft werden müssen, dass die Instrumente etc. ersetzt werden und revidiert werden müssen. Allerdings wünscht sich die Fraktion eine bessere Planung auch bzgl. des Budgets. Dies im Sinne von „Wie sieht das aus in 5 Jahren, in 10 Jahren etc. aus“? Wann sind Fahrzeuge mit Neuen zu ersetzen etc.? Ziel ist ein besserer Überblick über die Situation.

Eduard Rietmann, Parteilos, versichert, dass aus Sicht der Feuerwehr, der Ersatz eines 23 Jahre alten Tanklöschfahrzeugs notwendig ist. Aus technischer Sicht ist dies ebenso unbestritten, zumal die Ersatzteilbeschaffung immer schwerer und teurer wird. Auch die Technik verändert sich in 23 Jahren sicherlich auch sehr stark. Ein modernes Fahrzeug erfüllt andere Ansprüche als das bisherige, findet die Fraktion. Der Einwohnerrat war bisher nicht gegen die Anschaffung des Fahrzeugs, er hat sie lediglich verschoben. Namens seiner Fraktion wünscht er Details bezüglich der Folgekosten. Im Finanzreglement steht unter „Ausgaben“: *Bei neuen Ausgaben im Rahmen der Gemeindeausgaben sollen die Folgekosten offengelegt werden.* Natürlich kann darüber diskutiert werden, ob es sich um eine Neuanschaffung oder um eine Ersatzanschaffung handelt. Seine Fraktion möchte darüber nicht diskutieren. Sie stimmt dem Geschäft zu. Gleichzeitig wird der Gemeinderat gebeten, über die Kosten, die anfallen oder die eingespart werden könnten, nachträglich zu informieren. Vielleicht ist auch die eine oder andere Frage der SP

machbar.

Peter Buess, Grünen/EVP, bedankt sich für die gut vorbereitete Vorlage. Seine Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Zuvor sind zwei Fragen zu beantworten: Bei den Zuschlagskriterien wurde der Preis mit 50 % Gewichtung gewertet. Während er bei der Miliztauglichkeit, die bei einem anderen Anbieter höhere Werte erreicht, nur mit 10 % gewichtet ist, ebenso wurde die Referenz beim gleichen Anbieter auch nur mit 10% gewichtet. Was gänzlich fehlt bei der Gewichtung ist die Betrachtung zu Ökostandards. Seine Fraktion möchte wissen, ob das vorgeschlagene Fahrzeug die neusten Standards erfüllt.

Urs Weber, SVP, anerkennt namens seiner Fraktion, dass es sich um ein modernes Fahrzeug handelt, dass den heutigen Kriterien Rechnung trägt, insbesondere der „Euro 6“, der neuesten Abgasvorschrift. Es freut ihn, dass das Fahrzeug, etwa im Gegensatz zum älteren Modell, kein Umweltverschmutzer ist. Bemerkte wurde auch der stolze Preis. Wird aber das Fahrzeug nach den neusten Gesichtspunkten und entsprechend der aktuellsten Schulung der Feuerwehr eingesetzt, dann ist das eine gute Sache, gibt sich der Redner überzeugt. Er lobt die Arbeit der Feuerwehr. Die Feuerwehr hat die Prüfungen mit Bravour bestanden, daher hat sie das neue Fahrzeug auch verdient. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

Roger Moll, Parteilos teilt mit, dass die Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeuges namens seiner Fraktion unbestritten ist. Begründungen dafür: Erstens hat das Fahrzeug sein „Dienstalalter“ bereits um drei Jahre überschritten. Die zusätzlichen Unterhalts- und Wartungskosten sind enorm hoch und können nur von Spezialfirmen ausgeführt werden. Die Unterhaltsarbeiten resp. Ersatzteillagerarbeiten können nur oder meistens nur - in Regie ausgeführt werden. Betreffend Budgetierung ist eine genaue Kostenprognose deshalb nicht sehr wahrscheinlich. Punkt zwei: Das Fahrzeug ist eines der wichtigsten Fahrzeuge im Kanton, wenn es um Einsätze der Feuerwehr an Ort und Stelle geht. Wenn dort Pannen entstehen, betrifft es auch gleich Menschenleben. Deshalb muss ein solches Fahrzeug funktionieren. Zur Ökologie hält der Redner fest, dass das neue Fahrzeug der Wirtschaftlichkeit der moderneren Ausführungen eines Tanklöschfahrzeuges entspricht. Es hat weniger Abgase und benötigt weniger Schaummittel, auch macht die Löschtechnik einen grossen Anteil der Effizienz solcher Fahrzeuge aus. Seine Fraktion stellt sich unbestritten hinter die Anschaffung des Fahrzeugs.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP, bedankt sich im Namen des Gemeinderats für die gute Aufnahme des Geschäfts. Er zeigt sich gerne bereit, die gestellten Fragen nach bestem Wissen und Gewissen ergänzend zu beantworten. Er verweist darauf, dass bereits schon sehr viele Fragen beantwortet wurden, insbesondere auch mittels der Ausführungen von Roger Moll. Was die Ökologie betrifft, möchte der zuständige Gemeinderat auf den Bericht an den Einwohnerrat verweisen. Dort ist unter Punkt 7 „Wirtschaftlichkeit und Umwelt“ klar beschrieben, was die Verbesserungen sind. Er bittet entsprechend die Fragenden, dort nochmals nachzulesen. Die SP und - in Ergänzung auch die CVP-Fraktion - hat Fragen gestellt bzgl. der Unterhaltskosten. Diesbezüglich möchte der zuständige Gemeinderat darüber informieren, dass es sich beim Fahrzeug um ein „Grundfahrzeug“ handelt, das vom Gesetz so vorgeschrieben wird. Deshalb wird das Fahrzeug auch vom BGV subventioniert und zwar mit bis Maximal 30 Prozent Subventionsbeitrag an die Nettokosten der Investition. Es kann nicht im Voraus gesagt werden, wie hoch der Beitrag letztlich sein wird. Der zuständige Gemeinderat geht aber davon aus, dass mit einem Betrag von zwischen CHF 100 000 bis CHF 150 000 sicher gerechnet werden darf. Sobald das Fahrzeug angeliefert wird, wird es noch vom Inspektorat inspiziert. Danach wird definiert, wie hoch die Subvention dafür ausfällt. Zu den Unterhaltskosten: Im 2013 wurden bereits CHF 12 000 in das Fahrzeug investiert, auch in die Feuerwehrtechnik, wie zuvor erwähnt. Das Fahrzeug hat ein gewisses Alter, daher sind gewisse Dinge nicht mehr auf dem neuesten Stand und also „fällig“. Des Weiteren wurden im laufenden Jahr über CHF 10 000 bezahlt für den Bereich Feuerwehrtechnik und Fahrgestell. Die Tendenz ist steigend, dass immer mehr kostspielige Revisionen folgen. Der zuständige Gemeinderat hat von Spezialisten eine Liste erhalten. Darin werden für die nächsten Monaten und Jahre Investitionen für Revisionen von über CHF 40 000 prognostiziert. Daher stellt sich die Frage, ob es sich noch lohnt, überhaupt

noch etwas zu investieren. Er möchte auch die Frage der FDP bzgl. dem Rückkaufwert beantworten: In der Submission wurden sechs Firmen angeschrieben. Zwei wollten keine Offerte einreichen, weil der Kanton Baselland andere Taktiken hat, als vielleicht der Kanton Zürich oder die Ostschweiz. Daher können diese Firmen die ausgeschriebenen Anforderungen gar nicht erfüllen. Der zuständige Gemeinderat erwähnt, dass vier Firmen offeriert haben. Die Offerte, die hier vorliegt ist CHF 90 000 zu gleichen Erfüllungsmassnahmen oder- dass die Bedingungen erfüllt sind, teurer als das, was sich schlussendlich jetzt herausgestellt hat und was der Gemeinderat beantragt. Selbstverständlich hat man bei der Beschaffungsfrage den Bereichsleiter der Feuerwehr vom Kanton involviert sowie auch den Feuerwehrinspektor. Es wurde mit diesen Experten abgeklärt, ob das Ganze vernünftig ist oder nicht. Die Experten sprechen sich ganz klar für die heutigen, modernen Tanklöschfahrzeuge aus, die als Erstausrückende Fahrzeuge im Einsatz sind, was Sinn macht. Universallöschfahrzeuge (ULF) wie jenes der Gemeinde Binningen erfüllen die heutigen Ansprüche nicht mehr. Bei den Unterhaltskosten des neuen Fahrzeuges besteht auf die Ersatzteilbeschaffung und die Serviceleistungen eine Garantie von 20 Jahren. Über die nächsten fünf Jahre gerechnet kostet der Unterhalt des Fahrzeugs pro Jahr durchschnittlich CHF 1 240 exklusiv Ersatz von Verschleissteilen, sofern solche in den ersten zwei, drei Jahren nötig werden. Zur Frage der Planung bei der Beschaffung von Fahrzeugen: Der zuständige Gemeinderat kündigt an, dies den Fragestellern per Mail zu beantworten. Es gibt eine Planung, die mit dem Investitionsbudget jeweils eingestellt wird, welche Fahrzeuge in den nächsten Jahren jeweils zu ersetzen sind. Es handelt sich nicht immer um „grosse Sachen“. Manchmal handelt es sich auch um einen Anhänger, der deutlich günstiger ist, als etwa ein Tanklöschfahrzeug. Aber die Planung wird laufend nachgeführt und kann jederzeit bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung eingesehen werden. Bzgl. der Frage zur Zahlung wird 1/3 mit der Auftragserteilung fällig. Ein zweites Drittel wird bei der Fahrgestell-Lieferung bezahlt, also bei der Lieferung des Unterbaus. Das letzte Drittel schliesslich wird bei Ablieferung des Fahrzeugs bezahlt. Abschliessend wird das BGV die Begutachtung vornehmen; entsprechend wird die Subvention auf dem Konto – auf dem die Zahlungen erfolgen abgebucht. Der zuständige Gemeinderat möchte den Anwesenden ans Herz legen, dass die Gemeinde Binningen eine „top“ motivierte Feuerwehr hat. Dann noch zur Frage bzgl. der Zusammenarbeit mit Basel bzgl. der benachbarten Gemeinden: Selbstverständlich wurde das geprüft, auch Allschwil hat das mit Basel geprüft. Der zuständige Gemeinderat informiert darüber, dass die Kosten wesentlich höher wären, bei einer Zusammenarbeit mit Basel. Basel hat die Funktion als Stützpunkt für Binningen und Allschwil. Der Stützpunkt kommt nach dem Feuerwehrgesetz aber nur dann zum Einsatz, wenn die Ortsfeuerwehren ein Ereignis vor Ort nicht selber bewältigen können. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der berücksichtigt werden muss. Bei den Gesprächen mit benachbarten Gemeinden war der Tenor klar: Keine Fusion, aber bitte weiterhin die gute Zusammenarbeit pflegen, die in den letzten Jahren schon gepflegt wurde. Als Beispiel nennt er den gemeinsamen Auftrag von Bottmingen und Binningen für das Kantonsspital Bruderholz. Dasselbe gilt auch für Allschwil oder für Oberwil. Ist „Not am Mann“ setzen sich die Gemeinden füreinander ein. Die Feuerwehr braucht das Fahrzeug. Wir alle im Saal arbeiten mit Computer, sind abhängig davon und auch von neuen Technologien. Wer hier nicht mitmacht, kann seine Arbeit nicht genügend effizient leisten. So ist es auch bei der Feuerwehr. Ist die Feuerwehr dank der nötigen Mittel schneller am Ort, kann Schaden ferngehalten - und es können Menschenleben gerettet werden. Die Feuerwehr Binningen hat das Fahrzeug wirklich verdient, schliesst der zuständige Gemeinderat.

Eduard Rietmann, Parteilos, bedankt sich für die Ausführungen seines Vorredners. Er hätte es auch für durchaus interessant befunden, wenn die eine oder andere der genannten Zahlen im Kommentar gestanden wäre. Aufgrund der eben gehörten Ausführungen möchte seine Fraktion einen Antrag stellen: Der Neupreis des Fahrzeugs beträgt rund CHF 600 000, ein stolzer Betrag, den sich Binningen leisten kann. Eine Instandstellung des Fahrzeugs würde – gemäss Gemeinderat D. Nyffenegger - rund CHF 45 000 kosten. Eine arme Gemeinde kann sich ein 600 000 Franken-Fahrzeug gar nicht leisten, mutmasst der Redner. Aber man könnte das Fahrzeug für CHF 45 000 wieder Instand stellen. Der Redner verweist auf „das gewisse Talent“ der Gemeinde Binningen und des Gemeinderats, günstig zu verhandeln, um die 16 000 Franken beim Neupreis „wieder hereinzuholen“. Dann könnte sich Binningen auch leisten, das Fahrzeug jemandem zu schenken, der es nötig hat. Deshalb stellt er den Antrag, das

Fahrzeug nicht zurückkaufen zu lassen. Sondern vielmehr soll der Gemeinderat damit beauftragt werden, jemandem das Fahrzeug zu übergeben, der es auch brauchen kann.

Peter Buess, EVP, möchte festhalten, dass der „Punkt 7“ lediglich darüber informiert wird, welche Anforderungen das bisherige Löschfahrzeug aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht nicht mehr erfüllte. Zum neuen Löschfahrzeug heisst es demnach lediglich „erfüllt die aktuell gültigen Euro-Normen“. Der Redner möchte daher festhalten, dass bei den Zuschlagskriterien dieser Punkt nicht berücksichtigt wurde, was er als unvollständig bezeichnet, zumal, auch um die Anschaffung beurteilen zu können.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP, nimmt die Anregung von E. Rietmann entgegen. Er weist darauf, dass von den vier eingereichten Offertstellern, drei davon nichts mehr für das alte Fahrzeug bezahlen wollten. Der zuständige Gemeinderat fragt E. Rietmann, wer die CHF 45 000 bezahlen soll, Binningen oder die betreffende Gemeinde selbst? Der zuständige Gemeinderat fragt in den Saal, ob es nicht verantwortungslos ist, den umliegenden Gemeinden ein solches Angebot vorzulegen, wo das Fahrzeug doch selbst von Binningen als für „ungenügend“ bezeichnet und nicht mehr eingesetzt wird? Eine solche Option wird in ähnlichen Fällen immer geprüft, versichert der zuständige Gemeinderat, so in der Vergangenheit bsp. auch im Jura. Er wird das prüfen.

Gemeinderätin Heidi Ernst, SP, macht von ihrem Rederecht als Gemeinderätin Gebrauch, auch wenn es „nicht ihr eigenes Geschäft ist“, wie sie anmerkt. Sie möchte sich jedoch in ihrer Funktion als „Gotte eines Feuerwehrfahrzeuges“ äussern: So ist sie überzeugt, dass das Geschäft von den „Profis“ absolut top überprüft wurde. In der Diskussion und den Rückmeldungen der Fraktionen hatte sie das Gefühl, dass von einem „Löschfahrzeug“ die Rede war. Tatsächlich handelt es sich hier aber um ein „Multifunktionsfahrzeug“, was die Basic eines Feuerwehr-Fahrzeugparks überhaupt erst ausmacht. Deshalb möchte sie den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten sehr ans Herz legen, dem Geschäft zuzustimmen.

Der Einwohnerratspräsident möchte zunächst über den eigentlichen Antrag des Gemeinderats abstimmen lassen und danach erst evt. über den Verbleib des bisherigen Fahrzeugs abstimmen.

ABSTIMMUNG

BESCHLUSS
einstimmig

://: Für die Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges als Ersatz für das heute im Einsatz stehende Löschfahrzeug wird ein Kredit von CHF 570 600 bewilligt.

Eduard Rietmann, Parteilos, zieht in der Folge seinen Antrag zurück. Er erinnert, dass der zuständige Gemeinderat versprochen hat, sein Anliegen zu prüfen. Daher ist es in dessen Kompetenz. Er erwartet die Mitteilung des Gemeinderats zusammen mit den Informationen zur Abrechnung.

Traktandum 4

Nr. 183

Teilrevision Parkraumreglement

Gaida Löhr, SP, zeigt sich, bekennt, dass sie – namens ihrer Fraktion - für einmal glücklich ist. Die Grundsätze der Prinzipien des Reglements entsprechen ungefähr dem, was die SP 2007 in der Spezko verlangt hat, wo die SP immer „untergegangen“ ist. Die Anwohnerparkkarten jährlich zu erneuern und flächendeckend einzusetzen, empfindet ihre Fraktion als sinnvoll. Parkieren auf der Allmend darf durch-

aus etwas kosten. Die Allmend auf dem Hügel ist genauso wertvoll, wie jene im Tal, deshalb darf es auch überall etwas kosten, erklärt sie. Soweit, wiederholt die Rednerin, ist ihre Fraktion echt zufrieden. Für sie ist das eine sinnvolle, zusätzliche Geldeinnahmemöglichkeit. Bei genauer Betrachtung der Vorlage, wurden aber auch viele offene Fragen und Widersprüche ausgemacht. So kostet etwa eine Parkkarte CHF 120 pro Jahr, ein stolzer Preis. Hinzu kommen CHF 20 damit man überhaupt CHF 120 zahlen „darf“, was nochmals ein stolzer Preis ist, so die Rednerin. CHF 10 kostet es, bei Rückgabe der Karte. Der Gemeinderat hat ausserdem die Möglichkeit, CHF 100 Depot zu verlangen, für was genau ist der Rednerin ein Rätsel – zumal die Anwohnenden – wie gezeigt – bereits CHF 20 beim Kauf und CHF 10 bei der Rückgabe bezahlen müssen. Ihrer Ansicht nach wurde hier seltsam gerechnet. CHF 120 pro Jahr bezeichnet sie als „nicht wenig“. Mit einem Augenzwinkern stellt sie die Frage, ob künftig evt. die Vorgärten zu schützen sind, damit aus den Vorgärten nicht plötzlich (spontane) Parkplätze entstehen. Verwundert hat ihre Fraktion auch, weshalb es so lange gedauert hat - nämlich ein ganzes Jahr - um blaue Zonen einzuzeichnen. Sodann stellt sich die Frage, weshalb es im Geschäft heisst, es diene unter anderem der Abdeckung von Kosten – es kann ja wohl nicht sein, dass die Kosten, mit allen diesen Gebühren, gedeckt werden, so die Rednerin. Das heisst, die Fraktion steht absolut hinter der Vorlage. Jedoch ist sie auch der Meinung, dass eine Spezko das Geschäft genauer prüfen soll. Auf Nachfrage des Einwohnerratspräsidenten präzisiert G. Löhrr ihre Vorstellungen bzgl. der Grösse der Spezko: Eine 7-er oder 9-er soll es sein, und schliesslich eigentlich eher eine 7er, gemäss G. Löhrr.

Urs Brunner, SVP, informiert, dass seine Fraktion das Reglement lange und intensiv diskutiert hat. Was bleibt, sind offene Fragen. Erstens, Zonen: Wie sieht der Plan zur Einteilung der Zonen aus? In Binningen sind nicht alle Gebiete gleichermassen vom zunehmenden Verkehr betroffen. Es stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, in ganz Binningen die blaue Zone einzuführen. Zweitens, Preispolitik: Seiner Fraktion ist bewusst, dass die Reglementsänderung, eine der HÜP-Massnahmen ist. Dennoch stossen die Gebühren etwas sauer auf. Verglichen mit den Nachbargemeinden ist Binningen am teuersten. Wieso basiert nicht eine Preispolitik mit neutralen Kosten? Das heisst, die anfallenden Betriebsaufwendungen sollen mit den jährlichen Gebühren für Parkkarten gedeckt werden? Drittens, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser: Hat Binningen die Kapazitäten, um Kontrollen der Parkkarten auf dem Gebiet Binningens durchzuführen? Die SVP-Fraktion ist für die Überweisung des Geschäfts in die BPK.

Thomas Hafner, CVP, bedankt sich namens seiner Fraktion beim Gemeinderat für die Vorlage. Seit anfangs 2008 besitzt die Gemeinde das heutige Parkbewirtschaftungssystem. Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass der damalige Entschluss, zur Einführung eines Parkbewirtschaftungssystems sicher richtig war. Hauptsächlich die Stadt Basel hat in der Zwischenzeit ihr Parkregime massiv verschärft. Auch die umliegenden Gemeinden haben ihre Systeme eingeführt. Auch in Binningen wurde erkannt, dass Verbesserungen des Systems nötig sind. Somit möchte der Gemeinderat das System den heutigen Erkenntnissen neu anpassen. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretung aus der Verwaltung hat den Vorschlag für den Einwohnerrat ausgearbeitet. Es wäre interessant zu erfahren, so der Redner, welche Zielvorgaben und Schwerpunkte der Gemeinderat der Arbeitsgruppe mit auf den Weg gegeben hat? Die CVP-Fraktion ist überzeugt, dass das bestehende Reglement, den heutigen Erkenntnissen angepasst werden muss. Die Anwohner von Binningen, der Redner präzisiert, also die Einwohner von Binningen, müssen aber gegenüber Auswärtigen klar bevorteilt werden. Seine Fraktion ist der Meinung, dass es diverse Kriterien gibt, die zuerst in einer Kommission – zuerst in einer Spezialkommission, auch die BPK wäre möglich - beraten werden müssen. Der Redner unterstreicht, dass das Geschäft in eine Kommission muss. Innerhalb der Fraktion herrschen sehr unterschiedliche Meinungen, es gibt diverse offene Fragen. Die grosse Mehrheit empfindet die Gebühren als zu tief – viel zu tief. Eine Minderheit ist der Ansicht, dass die Gebühren viel zu hoch sind. Gebühren oder versteckte zusätzliche Steuereinnahmen sollen später diskutiert werden. Eine jährlich wiederkehrende Gebühr wird grundsätzlich als für in Ordnung gehalten. Was ebenfalls wichtig ist und auch etwas gefehlt hat, sind „Tagesparkkarten“. In der Stadt Basel gibt es Tagesparkkarten und Halbtagesparkkarten, die sich auch um eine Stunde überschneiden. Das ist eine gute Sache. Die Wochenparkkarte wurde in der Fraktion auch diskutiert. Eine unbegrenzte Abgabe von Einwohnerparkkarten für Angestellte von Binninger Betrieben sollte besser formuliert werden. Die Festle-

gung einer Obergrenze, je nach Grösse des Betriebs, sollte unbedingt formuliert werden. Dasselbe gilt auch für eine unbegrenzte Abgabe von Anwohnerparkkarten oder für Geschäftsfahrzeuge von Binninger Betrieben. Nicht das plötzlich 1000 Mobility-Fahrzeuge in Binningen stehen oder von sonstigen anderer Firmen. Das Thema Parkfelder für Töffs, gratis oder kostenpflichtig, wurde im Reglement nicht gefunden. Eine Gleichbehandlung fürs Parkieren auf den Kantonsstrassen mit den Gemeindestrassen muss unbedingt angestrebt werden. Es ist keine Lösung, wenn jemand sein Auto auf der gebührenpflichtigen Gemeindestrasse abstellt, während jemand anderes sein Auto gratis an der Kantonsstrasse abstellt. Positiv ist, dass die blauen Markierungen verhindern, dass Autos für längere Zeit abgestellt werden, etwa wenn Personen mit dem Flugzeug oder mit dem Zug verreisen. Das spricht wohl künftig auch wieder etwas mehr für Fahrgemeinschaften. Der Nachteil ist, dass die Verwaltung zusätzlich aufgebläht wird. Die CVP schlägt eine Spezialkommission vor, vorzugsweise eine 9-er Kommission.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP, begrüsst grundsätzlich die Stossrichtung des vorliegenden Reglements, der Teilrevision. Als positiv erachtet wird vor allem die Lenkungsabgabe. Die Pendler werden damit von den Binninger Quartieren weggelenkt, damit die Binninger dort wieder parkieren können. Grundsätzlich – erinnert die Rednerin daran, dass dieser Gedanke ja auch dem Reglement zugrunde liegt, also, nämlich, das die Binninger wieder eine Möglichkeit zum Parkieren haben. Wenn nun gleichzeitig auch HÜP einfließt und dadurch auch noch etwas Geld generiert wird, hat ihre Fraktion nichts dagegen einzuwenden. Ebenfalls als positiv hebt sie die Gleichbehandlung hervor. Das ist neu. Das hätte sich die Fraktion eigentlich auch schon in der ersten Version gewünscht, umso mehr ist man froh, dass sie nun berücksichtigt wurde. Auch die Neuerung, dass die Parkkarten an den BVB-Automaten gelöst werden können, wird als eine tolle Möglichkeit angesehen. Auch, dass es – nebst den gehörten „starren“ – auch noch zusätzliche Varianten geben soll, wird begrüsst. Indes sind in der Fraktion Fragen dazu aufgetaucht, so zu den unlimitierten Karten für Gewerbetreibende. Sind die wirklich nötig? fragt die Rednerin. Ihre Fraktion befürwortet den Vorschlag der CVP bezüglich Einführung einer Obergrenze. Es wäre besser, wenn die Angestellten mit dem ÖV anstatt mit dem Auto zur Arbeit fahren würden. Ist der administrative Aufwand wirklich so gross? Diese Frage wünscht die Rednerin beantwortet zu bekommen. Wie von verschiedenen Vorrednern angedeutet, zeichnet sich noch ein relativ grosser Diskussionsbedarf ab, stellt die Rednerin fest. Auch ist absehbar, dass man mit Beratungen am heutigen Abend nicht abschliessend durchkommt. Sie spricht sich deshalb namens ihrer Fraktion für eine Überweisung in die BPK aus.

Manuel Mohler, FDP, bedankt sich für die Ausarbeitung des Geschäfts. Seine Fraktion hat verschiedene Fragen – auch grundsätzlicher Natur – diskutiert. Dazug gehören Umfang und Mass der Verschärfung sowie gewisse Detailfragen. Es wurde darüber debattiert, ob das Geschäft in eine Spezko oder BPK soll. Der Entscheid fiel zugunsten der BPK.

Roger Moll, Parteilos, bezeichnet das Geschäft als ein sehr komplexes. Es hat Zusammenhänge mit Basel, Binningen und dem Leymental. In Bezug auf die Vorlage möchte er namens seiner Fraktion folgende Punkte anfügen: Eine Mehrbelastung bzgl. dem Abstellen von Autos in Basel kann nicht Grund sein, für die erhöhte Gebühr. Vielmehr sind es Ausnahmeregelungen in der Gemeinde Binningen, die dazu führen, dass es mehr abgestellte, bewilligte Autos gibt. Zum Beispiel an der Rebgasse, an der Langen Gasse oder in der Hohlen Gasse, sprich beim Schlossacker. Der Redner stellt fest, dass dort Autos mit baselstädtischem Kennzeichen und der Binninger Parkkarte abgestellt sind. Ist ein solches Vorgehen umgekehrt auch für Binninger in Basel möglich? Wohl nicht - beantwortet der Redner seine eigene Frage, solange jemand nicht in Basel ansässig ist. Zweitens: Bezüglich Erhöhung wird immer von Gebühren gesprochen. Es handelt sich halt „in Gottes-Namen“ um eine versteckte Steuereinnahme, so der Redner. Er möchte später nochmals darauf zurückkommen kündigt er an, und fährt mit seinen Ausführungen fort: Es sind in der Vorlage dieselben Argumente zu finden, wie damals, am 25. April 2006, als die erste Einführung beschlossen wurde, für die Parkplatzraumgestaltung. Zur heutigen Sachlage ist folgendes zu bemerken: Der Pendlerverkehr aus dem Leymental hat merklich zugenommen, trotz Ausbaus der Doppelspur. Die Parkmöglichkeiten bei den Haltestellen der ÖV-Haltestellen sind schon jetzt beschränkt.

Was hat es bisher genützt, fragt er? Es stehen auch dort baselstädtische Autos, oder sogar Autos mit einem „F“ oder mit einem „D“-Kennzeichen. Seine Fraktion sieht noch sehr viele Ungereimtheiten in der Vorlage. Unter anderem sind es die untersten drei Bemerkungen in der Zusammenstellung auf Seite 3. Die sogenannten „unbegrenzten Möglichkeiten“, die es gibt. Diese müssen unbedingt überdenkt werden. Der Redner findet, dass Allschwil eigentlich einen sehr guten Kompromiss bei den Gebühren erzielt hat. Das eine oder andere kann man in der Höhe noch allenfalls in der Spezialkommission oder in der BPK (oder in welchem Gremium auch immer) bereden. Seine Kommission spricht sich für eine 9-er Kommission aus. Gut aufgehoben wäre das Thema sicher in der Bau- und Planungskommission, wegen der Kenntnisse der Komplexität, der Angelegenheit.

Markus Ziegler, FDP, möchte im Gegensatz zu den meisten seiner Vorrednern festhalten, dass die Gemeinde Binningen gesamtschweizerisch über das wahrscheinlich schlankste, unkomplizierteste und effizienteste Parkraumreglement verfügt. Ein Parkraumreglement, welches das Ziel erreicht hat, die Talsohle plus das angrenzende Quartier vom Ausweichparkverkehr der Stadt zu entlasten, wie man zuvor schon von den hocheifreuten Rot-Grünen im Ratssaal vernommen hat, wie der Redner bemerkt. Gleichzeitig wollte man den Binningerinnen und Binninger nicht noch mehr Geld aus dem Sack ziehen. Was Rot-Grün mache möchte – und das verwundert ihn nicht, dass darüber die beiden Fraktionen, die ja die Mehrheit im Rat stellen, sehr erfreut sind - also was hier eingeführt werden soll, ist eine zusätzliche Abgabe auf Autos. Natürlich muss man diese auch auf alle Flächen von Binningen ausdehnen, denn auch diese Leute sollen zahlen, wenn sie das Auto auf die Strasse stellen, fügt der Redner *ironisch* an. Er sieht darin auch die „Stossrichtung“ des Reglements, gemäss der nämlich die Autofahrer zahlen sollen. Er spricht nicht nur in seinem Namen, da er selbst in der betreffenden Kommission sass und sehr hart um einen guten Kompromiss gerungen wurde, der auch gefunden wurde, wie er bemerkt. Er möchte sich auch im Namen von Strömungen im Einwohnerrat aussprechen, die das Ganze nochmals prüfen wollen. Er möchte vermeiden, dass der Eindruck entsteht, dass im Einwohnerrat die neue „Autofahrerschröpfung“ unbestritten ist. Eine Kommission soll das prüfen und diskutieren. Ein für ihn interessantes Detail ist, dass SP und die Grünen in einem Zwiespalt stecken. Die Vorredner haben erwähnt, dass die Gebühren endlich flächendeckend eingeführt werden. Gleichzeitig haben sie auch moniert, dass die Gebühren zu hoch sind. Das Gesetz besagt, dass der Vorschlag vom Gemeinderat kostendeckend sein soll. Damals, als das Gesetz eingeführt wurde, wurde darauf geachtet, was es kostet - nämlich nicht viel – also, die Ausstellung der Parkkarte. Werden die CHF 150 plus die genannten Gebühren zusammengerechnet, kann man gewiss noch schöne Sachen damit machen, regt er an. Der Redner ist deshalb gespannt auf die Kommissionsdebatte, und er ist sich sicher, dass die Gemeinde weiss, was mit dem Geld gemacht werden könnte. Wie man sieht, kann man die Sache von verschiedenen Perspektiven her betrachten. Er ist sehr froh zu hören, dass das Geschäft gerne von allen Fraktionen in eine Spezialkommission überwiesen wird. Somit ist bei der Schröpfung der Autofahrer doch noch nicht das letzte Wort gesprochen, hofft der Redner.

Gaida Löhr, SP, möchte sich grundsätzlich nochmals zur Kommission äussern, auch an die Adresse ihres Vorredners, Markus Ziegler. Es geht um die Allmendnutzung erklärt sie. Die Allmend, die man standartmässig nutzt, darf ja auch etwas kosten. Wieviel sie kosten soll, ist Sache einer Kommission. Sie hat sich sehr bewusst gegen die BPK ausgesprochen, weil diese relativ viele Geschäfte hat, etwa die Liegenschaftsstrategie, die Schulhausausbauten. Das heisst, wenn man etwas „vorwärts“ machen möchte, dann ist es sinnvoll, das Geschäft in eine Spezko zu überweisen. Gebaut werden muss nichts. Es müssen einzig ein paar Linien gezeichnet werden, das müsste eigentlich auch eine Spezko können.

Thomas Hafner, CVP, orientiert darüber, dass er das Geschäft nun doch nicht in eine Spezko geben möchte. Dies, weil es sich dabei um eine ausserordentliche Kommission handelt. Er findet es jedoch geschickter, mit dem Geschäft in eine bestehende Kommission zu gehen. Seine Fraktion kann damit leben, wenn das Geschäft in die BPK geht.

Rahel Bänziger, Grüne, möchte sich zur „Autofahrerschröpfung“ äussern. CHF 40 Einmalgebühr für unlimitiertes Parkieren bezeichnet sie – kurz gesagt – als „Gratisparkplätze“. Einig geht sie mit Markus Ziegler, dass über den Preis der Parkkarte diskutiert werden kann. Aber dabei von einer „Schröpfung“ zu sprechen, nachdem die Autofahrer zuvor jahrelang von Gratisparkplätzen profitiert haben, das läuft ihr zuwider.

Urs-Peter Moos, Gemeinderat, Parteilos, bedankt sich für die grundsätzlich gute Aufnahme des Geschäfts. Es wurde viel gesagt, auch wurden viele Fragen gestellt. Er möchte mit der Frage beginnen, was eigentlich der Auftrag der Kommission war. Dort ging es vor allem darum, Schwachpunkte des bestehenden Reglements zu benennen und entsprechende Lösungen auszuarbeiten. Ein Schwerpunkt war auch die Umsetzung. Dass das Reglement bei der Umsetzung auch funktioniert. Auch wurde nach der Kapazität der GePo gefragt und nach den Möglichkeiten, zu kontrollieren. Die Antwort ist ein „ja“. Es wird ja heute schon kontrolliert und mit dem revidierten Reglement kann noch speditiver kontrolliert werden, versichert er. Die bestehenden Ressourcen draussen auf der Strasse im Vollzug reichen aus. Die Kosten wurden genannt. Diesbezüglich war die Ausgangslage der Arbeitsgruppe von einem Umdenken geprägt. Ein Umdenken nämlich in Richtung Vollkostenrechnung, denn ein Teil der Strassen muss ja so gebaut und unterhalten werden, dass sie später als Parkflächen genutzt werden können. Dieser Aspekt ist bisher noch nicht in die Berechnungen eingeflossen. Es ist ein wichtiger Aspekt, dies wird auch die Kommissionsarbeit zeigen. Die SP-Fraktion hat sich erfreut gezeigt, dass die Gebühren künftig jährlich erhoben werden sollen. Es gibt dafür auch ganz klar vom Vollzug her starke Argumente. Die heutige Parkkarte konnte nicht mehr kontrolliert werden. Es wurde die Depotgebühr genannt, die ein alter Zopf darstellt vom alten Reglement, was als „kann“-Formulierung erwähnt ist. Die Depotgebühr wurde nie erhoben. Der zuständige Gemeinderat führt Beispiele für Missbräuche an: So hat beispielsweise jemand in Binningen gewohnt und in der Zeit einmal eine unbegrenzt gültige Parkkarte gelöst. Später ist er in eine andere Gemeinde bsp. nach Oberwil, umgezogen. Wenn er zuweilen abends nach Basel gegangen ist, hat sein Auto einfach in Binningen parkiert. Mit einer jährlichen Gebühr, einer jährlichen Karte, in einem handlichen A6-Format, mit einer jährlich wechselnden Farbe, ist man gegen solche Tricksereien künftig viel besser gewappnet. Bemängelt wurden auch die CHF 20 für das Ausstellen der Karte. Hier bittet der zuständige Gemeinderat nicht zu vermischen zwischen dem administrativen Anteil und der eigentlichen Gebühr. Im Geschäft wurden CHF 120 als jährliche Gebühr genannt. Im Gemeinderat wurden dazu Beträge zwischen CHF 60 und CHF 240 pro Jahr diskutiert. Bei CHF 60 wäre man bei CHF 5 pro Monat und bei CHF 240 wäre man bei CHF 20 pro Monat. Letztlich entscheidet der Einwohnerrat. Die CHF 20 sind für das Ausstellen und Erfassen der Daten. Dazu zählt auch die Kontrolle, ob die betreffende Person in Binningen wohnhaft ist. Die CHF 10 betreffen Personen, die wegziehen. Diese Personen lösen beispielsweise eine Parkkarte für ein ganzes Jahr und ziehen später weg. Wenn eine solche Person im Prinzip noch ein Guthaben von 9 Monaten hat, bezahlt er beim Einlösen dieses Guthabens für den Verwaltungsaufwand noch CHF 10. Damit wurde eine sehr unkomplizierte Lösung gefunden. Das ist auch gegenüber jenen Personen fair, die umziehen, vielleicht auch aus beruflichen Gründen. Die Zonen: Kernstück ist ja die jährliche Gebühr. Das andere ist ja das flächendeckende. Der Gemeinderat hatte zwei Phasen vorgeschlagen. Die erste Phase ist eine die wirklich notwendig ist, dass die Ausdehnung gemacht wird. Und das „flächendeckende“ ist wirklich auch wieder ein politischer Entscheid, verbunden mit der Frage, will man das machen oder nicht. Es gibt Argumente dafür und dagegen. Ein Argument dafür ist, dass – wenn die Zonen ausgedehnt werden – dass die genannten Problembereiche (Auswärtige die hier parkieren) sich verschieben. Und daher wäre das eine Lösung, die eine gewisse Gleichbehandlung verspricht. Würde die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung nicht realisiert, müsste man sich Gedanken machen – und das war ja auch ein Schwachpunkt des jetzigen Reglements – bisher haben Leute, die nicht in der blauen Zone wohnen, eine Parkkarte in Anspruch nehmen können. Da stellt sich die Frage, wie das in Zukunft gehandhabt werden soll, wenn nicht flächendeckend? Dies möchte er als Gedankenanstoss zum flächendeckenden Parkieren erwähnt haben. Auch die Betriebe wurden genannt, wegen der Problematik der unbegrenzten Anzahl. Bisher gab es keine Begrenzung. Das heisst, die Betriebe konnten als Geschäftsfahrzeuge im Prinzip alle Fahrzeuge einlösen, mit einer Parkkarte. Was man hatte war ein Kontingent, also pro 10 Mitarbeitende konnte eine Parkkarte in Anspruch genommen

werden. Jetzt gibt es einen Systemwechsel insofern, dass man sich von dem Kontingent löst. Es soll eine Parkkarte für Auswärtige eingeführt werden, nicht zuletzt auch, weil ja auch eine exzellente Anbindung an den öffentlichen Verkehr besteht. Leute, die hier arbeiten, sollen ermutigt werden, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu kommen. Durch die wesentlich höheren Gebühren mit einem Rahmen von bis zu CHF 720 im Reglement für auswärtige Fahrzeuge, hat der Gemeinderat - sofern das Reglement in dem Punkt genehmigt wird - genügend Möglichkeiten, steuernd einzugreifen. Dies, falls es sich erweisen sollte, dass die Gemeinde zu attraktiv ist, mit dem Angebot für Auswärtige hier zu parkieren, vorausgesetzt, dass sie in Binningen arbeiten, schliesst der zuständige Gemeinderat seine Erläuterungen zu den Fragen aus dem Einwohnerrat.

ABSTIMMUNG Antrag Überweisung in die BPK

BPK: 27 Ja (grosse Mehrheit)

Spezko: 10 Ja

Enthaltungen: Keine

BESCHLUSS

://: Die Teilrevision des Parkraumreglements wird in die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.

Traktandum 5

Nr. 174

Budget 2016, Leistungsaufträge 2016, Finanzplan 2017 – 2020

und

Bericht der GRPK zum Budget 2016

Nr. 174A

EINTRETEN

Keine Wortmeldungen

Der Präsident der GRPK, Eduard Rietmann, erläutert den Bericht der GRPK zum Budget.

Es ist toll, stellt er fest, dass heute so viele Leute im Zuschauerraum sitzen. Er nimmt an, dass alle stark am Geschäft „Budget“ interessiert sind, wie er schmunzelnd anfügt. Er möchte nicht wiederholen, was im Bericht steht. Trotzdem weichen dieses Mal die Vorschläge der GRPK von den Anträgen des Gemeinderats ab. Im buchhalterischen Bereich wurde das Budget wie immer „fast“ geprüft. Er erklärt, was er mit „fast“ meint. Erstmals wurde das Budget von den „3 G' Subkos“ geprüft, anstatt wie bisher von 5 Subkos. Gleichwohl wurde die gleiche Arbeit verrichtet, auch wurden gleich viele Fragen gestellt und es wurden auch viel mehr Fragen gestellt, die im vorliegenden Bericht ausgeführt werden. Die wichtigsten Punkte sind Bericht zu finden (wendet sich an die Anwesenden), den Sie bestenfalls gelesen haben oder später noch nachlesen werden. *E. Rietmann entschuldigt sich, weil er bei seinen Ausführungen beim umständlich zwischen den Dokumenten hin- und her wechseln muss, was mit der fehlenden Lesebrille zusammenhängt. Spontan reicht ihm daraufhin Gemeinderätin Heidi Ernst ihre Lesebrille. E. Rietmann bedankt sich. Sodann fährt der GRPK-Präsident mit den Ausführungen fort.* Die wichtigsten Punkte, wiederholt er, sind im Budget, genau gleich wie es der Gemeinderat vorschlägt, sie wurden von der GRPK fast übernommen – weshalb schon wieder „fast“? fragt er in den Saal und liefert die Antwort gleich selbst nach: Die Höhe der Löhne der Mitarbeitenden in der Gemeindeverwaltung richtet sich nebst der Lohntabelle aus der Gemeinde insbesondere auch am Teuerungsausgleich des Kantons aus. Dazu ist die

Gemeinde gezwungen. Das hat in den letzten Jahren bestens funktioniert. Der Landrat hat sich ungefähr an der Jahresteuering orientiert und hat diese dann beschlossen. Bis auf dieses Jahr, wo der Landrat eine Lohnsenkung von 1% beschlossen hat. Weil der Budgetprozess der Gemeinde Binningen bereits im Mai / Juni beginnt und das definitive Budget, der GRPK-Bericht aber bereits im Herbst – also vor den Herbstferien – zugestellt wird und auf der anderen Seite aber der Landrat erst im Herbst – und zwar ca. 22. Oktober - die Annahme bzw. die Reduktion beschlossen hat, ist die Annahme der Gemeinde Binningen „leer gelaufen“, nämlich praktisch Jahresteuering praktisch Landratsbeschluss. Die GRPK ist nach lebhafter Diskussion zum Schluss gekommen, dass eine Lohnkürzung der Gemeinde, zum jetzigen Zeitpunkt, ein falsches Signal an die Mitarbeitenden wäre. Sie hat einstimmig beschlossen, dass der Gemeinderat einen Weg suchen soll, trotz Personalreglement, mit der Anbindung an die Teuerung, die Lohnkürzung in der Gemeinde nicht nachzuvollziehen. Der GRPK-Präsident erläutert den Ablauf, der zur vorliegenden Konstellation geführt hat: Die Gemeinde hat die Löhne budgetiert, die GRPK hat den Bericht erhalten bzw. das Budget, dann hat der Landrat die Lohnreduktion von -1% eingeführt, worauf sich GRPK und Gemeinderat gegen eine Kürzung ausgesprochen haben, anschliessend hat die Verwaltung den Auftrag des vorliegenden Budgets in Auftrag gegeben, zu einem Moment, da die GRPK den Bericht noch nicht geschrieben hatte. Aus der Konstellation heraus hat sich ergeben, dass der Antrag des Gemeinderats vom Antrag der GRPK abweicht. Entsprechend hat der Gemeinderat die Teuerung im Antrag bei „Punkt 9“ aufgeführt, wogegen die GRPK der Meinung ist, dass die bewilligten Ausgaben zu beschliessen sind und erst danach die weiteren Zahlen zu erfolgen haben. Aus dem Grund stellt die GRPK die Lohnkürzung nicht unter „Punkt 9“ sondern unter „Punkt 3“ zur Diskussion. Damit wird lediglich die Reihenfolge, nicht aber der Antrag gewechselt. Zu den Anträgen 1 und 2 des Gemeinderats erläutert der GRPK-Präsident, dass er den Antrag stellt, die beiden genannten Anträge ersatzlos zu streichen. Die Begründung dazu steht im Bericht. Er hält dazu fest, dass er das Vorgehen, die beiden Anträge in den Budgetprozess einzubringen als „sehr problematisch“ hält. Der Einwohnerrat muss mit Budgetvorlagen Geschäfte beschliessen dass die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 betrifft. Gleichzeitig muss er aber die Spezialfinanzierung per 31.12.2015 aufheben. Der GRPK-Präsident wirft die Frage in den Saa, „seit wann beschliessen wir ein Reglement, dass in dreieinhalb Wochen eingeführt wird?“ . Und dann, so E. Rietmann in seinen Ausführungen weiter, erteilen Einwohnerrat und Gemeinde noch den Auftrag, das Reglement zu revidieren, dass faktisch aufgehoben wurde, nämlich die GGA. Die Abläufe von einer Reglementsänderung sind eigentlich klar geregelt, erinnert E. Rietmann. Was hier vorliegt, verstösst gegen jede politische Meinungsbildung und stellt, seiner Meinung nach, eine grobe Missachtung des Einwohnerrats resp. der parlamentarischen Abläufe dar. In seiner persönlichen Bewertung betreffend der Anträge 1 und 2 schwankt er zwischen den Ausdrücken „moderat“ und „nicht zu nennender polemischer Ausdruck“. Er verweist den Gemeinderat mit Nachdruck auf die Prozessabläufe, die zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat ansonsten üblich sind. Zurück zu den GRPK-Anträgen. Die Zahlen in fett sind in den Änderungen durch Streichung von Rang 1 und 2 hervorgehoben. Alle übrigen Anträge des Gemeinderats werden von der GRPK unterstützt. Abschliessend möchte der GRPK-Präsident im Namen aller Mitglieder der GRPK, dem Gemeinderat, allen Mitarbeitenden der Verwaltung, danken, für die Unterstützung und die bereitwilligen Auskünfte, die bei den Kontrollen der GRPK erfolgten. Ein Dank für die neuen zusätzlichen Anhänge, die einen weiteren Einblick geben, in die Rechnung, richtet er auch speziell an Frau Hüririmann (*gemeint ist Ingrid Haldimann, Chefin Finanzen, Gemeinde Binningen*). Sie hat massgeblich dazu beigetragen, dass die Unterlagen so klar und verständlich sind. Er bedankt sich ausserdem bei Isabelle Wilhelm (*Sekretariat Einwohnerdienste*) und Bernard Keller (*Leiter Stab*) für die fortwährende Unterstützung durchs ganze Jahr. Persönlich bedankt er sich bei seinen Kolleginnen und Kollegen, die einiges für die GRPK geleistet haben und ihn, in seiner Funktion als GRPK-Präsidenten, tatkräftig unterstützt haben, schliesst er seine Erläuterungen zum Bericht der GRPK.

Silvia Bräutigam, CVP, bedankt sich namens ihrer Fraktion bei der GRPK für den Bericht. Der Verwaltung und dem Gemeinderat dankt sie für das vorliegende Budget. Ihre Fraktion ist zufrieden, mit dem ausgeglichenen Budget. Steuererhöhungen und die Haushaltsüberprüfung haben massgeblich zu dem Resultat beigetragen, stellt sie fest. Weitere HÜP-Massnahmen werden im Verlauf des ersten Halbjahres von der GRPK behandelt und ins Budget 2017 einfliessen. Die Anträge 1 und 2 wird ihre Fraktion, wie von

der GRPK beantragt, ersatzlos streichen. Der Gemeinderat kann im Zusammenhang mit dem Budget nicht Anträge vorlegen, die eine Reglementsänderung nach sich ziehen. Ihre Fraktion stellt sich gegen die Aufhebung der Spezialfinanzierung. Übrigens – erinnert sie – Gebühren kommen nicht in die „Allgemeine Kasse“, denn es sind keine Steuern. Den übrigen Anträgen der GRPK stimmt ihre Fraktion ebenfalls zu.

Stefan Kaiser, FDP, stellt fest, dass erstmal seit ein paar Jahren wieder ein ausgeglichenes Budget vorliegt. Obwohl ein „zero-based budgeting“-Ansatz gewählt wurde, unterscheidet es sich aber kaum wesentlich von den Budgets der letzten vergangenen Perioden. Die FDP nimmt zur Kenntnis, dass die Beschlüsse und Anträge der Haushaltsüberprüfung zum Teil umgesetzt wurden und dass gewisse Einsparungen bereits gegriffen haben. Nichtsdestotrotz ist es aber noch ein langer weiter Weg. Erfreut ist seine Fraktion darüber, dass keine Steuererhöhung beantragt wird, um die künftig anstehenden Investitionen zu stemmen. Seine Fraktion sieht die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben im nächsten Jahr mit Spannung entgegen, so wie auch den Einflüssen durch die steten Unsicherheitsfaktoren wie bsp. den Finanzausgleich, das Asylwesen, das ja gross in den Medien debattiert wird, die Pflegefinanzierung uvm. Die Liste kann beliebig weitergeschrieben werden. Die FDP erwartet, dass die lange versprochene Anpassung der Gemeindeordnung, des §41 sowie die Überarbeitung der Leistungsziele endlich zügig vorangetrieben wird und abgeschlossen werden kann, so dass es für das nächste Budget – hoffentlich – wirksam wird. Im Grossen und Ganzen kann seine Fraktion mit dem vorliegenden Budget leben. Den Anträgen der GRPK wird zugestimmt. Trotz des Selbstfinanzierungsrades, der nicht mehr der alten Gemeindeordnung bzw. dem §41 der Gemeindeordnung entspricht, wird das Budget gutgeheissen.

Bettina Benthous, SP, dankt dem Gemeinderat namens ihrer Fraktion für die Gutheissung des Budgets, der Verwaltung dankt sie für den Bericht und insbesondere geht an die Adresse von Ingrid Haldimann ein grosser Dank für ihr Engagement. Ihre Fraktion ist erfreut über das ausgeglichene Budget, auch, dass es mit einer roten Null verabschiedet wird. Erfreulich ist, dass Binningen im Moment keine Schulden hat. Aber – und jetzt folgt das „grosse Aber“ – die Fraktion empfindet das Budget als für sehr tief gehalten. Die Ausfinanzierung der Pensionskasse ist noch nicht darin enthalten. Auch zukünftig anstehende Investitionen, wie zuvor von der FDP erwähnt, sind noch nicht gross zur Geltung gekommen. Die Investitionen sind nach dem „zero-based“-Verfahren budgetiert und sehr tief bemessen. Dann erläutert die Rednerin die einzelnen Punkte und den GRPK-Bericht: Als GRPK-Mitglied begrüsst sie, dass in den neuen Subko's sehr effizient und produktiv gearbeitet wurde. Auch freut sie sich darüber, dass diese Gruppen auch die Leistungsaufträge nochmals überprüfen und sie bis zum nächsten Budget vorlegen können. Die SP-Fraktion freut sich über den Auftrag der GRPK, die Lohnkürzungen der Kantonsangestellten von 1% nicht auf die Gemeindeangestellten zu übertragen, sondern diese zu entschädigen und auszugleichen, wie zuvor von E. Rietmann erwähnt. Die Fraktion unterstützt auch den Antrag der GRPK, Antrag 1 und 2 des Gemeinderats im GRPK-Bericht – die Auflösung der Spezialfinanzierung und die Revision des GGA-Reglements – zu streichen. Die Einnahmen von Gebühren gehören – wie erwähnt – nicht in die laufende Rechnung. Zudem sieht ihre Fraktion nicht ein, dass Gebühren für die Rückstellung allfälliger Gerichtskosten erhoben werden sollen. Nach dem SP-Prinzip sind Gebühren „flach“ zu behandeln, sie betreffen also alle gleichermassen, Steuern dagegen werden progressiv. Die SP-Fraktion zeigt sich begeistert darüber, die Anträge 1 und 2 streichen zu können. Die Fraktion hat registriert, dass der Liegenschaftsunterhalt von 0,9 auf 0,85 Prozent des Gebäudeversicherungswerts gesenkt wurde. Dies wurde im GRPK-Bericht erwähnt, aber ihre Fraktion ist beim Durchlesen doch noch „darüber gestolpert“. Buchhalterisch ist unklar, was mit den 0,05 Prozent bewirkt werden kann. Die SP hat schon früher eine 1%-ige Ausfinanzierung des Unterhalts gefordert. Die Fraktion stellt deshalb den Antrag, bei den 0,9 Prozent zu bleiben. Die Rednerin kündigt an, den fraglichen Antrag später dem Einwohnerratspräsidenten persönlich zu übergeben. Dass der Liegenschaftsunterhalt gesenkt wird, ist nicht im Interesse der SP. Die Rednerin erklärt sodann, dass ihre Fraktion für die Streichung des GRPK-Antrags Nr. 10 ist und dass sich ihre Fraktion gegen die Ersatzbeschaffung eines Werkhof- bzw. Winterfahrzeugs stellt, da nicht ganz klar ist, um was es dabei genau geht. Das Fahrzeug wird als „Werkhoffahrzeug“, „Winterfahrzeug“ und auch als „Allroundfahrzeug“ bezeichnet. Auch geht es dabei um einen Direktbeschluss des

Gemeinderats. Deswegen wünscht ihre Fraktion auch eine entsprechende Vorlage. Direktbeschlüsse verhindern in der Regel, dass man sich genauer mit solchen Ausgaben auseinandersetzt, begründet die Rednerin. Abschliessend bemerkt sie, dass Binningen zwar keine Schulden macht, was erfreulich ist. Platz für zukunftsweisende Investitionen sind aber auch nicht vorhanden, stellt sie fest. Benötigt die Gemeinde zukünftig nicht auch neuen Schulraum? Steht nicht die Umgestaltung des Dorfplatzes an? Wo sind die Ausgaben für die Jugendarbeit, fragt sie? Sollte nicht das Hallenbad saniert werden und sollte nicht eine neue Asylunterkunft bereitgestellt werden? Wo bleibt der Spielraum für Visionen und neuen Ideen für Binningen? Auch wenn die Fraktion keinen Antrag auf Steuererhöhung stellt, schliesst die Rednerin nicht aus, dass die Fraktion dies in absehbarer Zeit wieder in Betracht ziehen wird. Es ist schade, dass sich eine wohlhabende Gemeinde wie Binningen „kaputtspart“, bemerkt sie.

Anand Jagtap, Grüne, stellt fest, dass der Gemeinderat ein Budget mit einer „roten Null“ präsentiert. Das ist das Ergebnis der Bemühungen des Gemeinderats, das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben in den Griff zu bekommen, sowie auch von Sondereffekten. Neben der Umsetzung der Sparmassnahmen wurde konsequenter, strenger und deshalb auch realistischer budgetiert. Auch wurde die Transparenz des Budgets weiter erhöht, soweit dies mit WoV möglich ist. Weil weiterhin wichtige Eckpfeiler für die Finanzpolitik fehlen, ist das Budget 2016 als „Übergangsbudget“ zu betrachten, rät er. Die Zukunft ist weiterhin nicht so rosig. Mit der Neugestaltung des §41 der Gemeindeordnung ist erst dann klar, inwiefern Fremdfinanzierung in Binningen Thema ist und / oder die Steuern erhöht werden müssen. Das Budget sieht auch deshalb so gut aus, weil Binningen unterdurchschnittlich investiert, sowenig wie es in den nächsten Jahren wohl kaum je wieder der Fall sein wird. Alleine die Schulraumplanung wird viel Geld kosten. Geld, das aber gut investiert ist. Es ist noch ein zweites Geschäft im Einwohnerrat pendent, das grossen Einfluss auf die Finanzplanung hat. Die Rede ist von der Liegenschaftsstrategie. Im aktuellen Budget hat der Gemeinderat Investitionen in einen Neubau für Asylsuchende eingerechnet. Ob das inhaltlich und vom Terminplan her realistisch ist, ist eine andere Frage. Fest steht, dass Wohnraum benötigt wird. Sorgen bereitet auch der Kanton. Leider wurde dort verpasst, die Weichen zur richtigen Zeit zu stellen. Die Gemeinden – und damit auch Binningen – leiden unter dem Sparprogramm des Kantons, der gewichtige Kostenblöcke zu seinen Gunsten zu den Gemeinden verschiebt. Als positives Zeichen wird gewertet, dass Binningen bei der Entlohnung der Verwaltungs-Mitarbeitenden selbständig agiert. Binningen gleicht die generelle, 1%- Lohnkürzung des Kantons beim eigenen Personal wieder aus. Auch unterstützt die Fraktion die Empfehlungen der GRPK, die Zuständigkeiten zwischen der Gemeindepolizei und der politischen Vorgesetzten zu entschlacken. Die Fraktion spricht sich gegen die Auflösung der Spezialfinanzierung der GGA aus. Die Fraktion wünscht Kostentransparenz und keine Querfinanzierung der Gebühren und der Steuereinnahmen. Die Neuausrichtung von Binningen ist in dem Bereich noch nicht abgeschlossen. Deshalb ist es für die Fraktion noch zu früh, die bisherige Finanzierung zu verändern. Der Redner erinnert daran, dass noch immer rechtliche Verfahren hängig sind – und damit sind auch die möglicherweise damit verbundenen finanziellen Auswirkungen noch unklar. Die Grüne / EVP-Fraktion unterstützt sämtliche Anträge der GRPK zum Budget 2016.

Urs Brunner, SVP, bedankt sich beim Gemeinderat für das vorliegende Budget 2016. Der Dank geht zudem auch an die GRPK für die Abklärungen sowie an die Verwaltung, für deren Auskünfte. Das Budget zeigt, dass man sich auf dem richtigen Weg befindet, um die Sparmassnahmen weiter voranzutreiben. Die Ankündigung des Gemeinderats, den Steuerfuss zu erhöhen, nimmt die SVP-Fraktion nicht erfreut zur Kenntnis. Seine Fraktion unterstützt die Anträge der GRPK.

Roger Moll, Parteilos, kann sich den meisten Vorrednern anschliessen. Er hat dazu vier verschiedene Bemerkungen. Erstens möchte auch er sich namens seiner Fraktion für den grossen Aufwand der Verwaltungsangestellten, der GRPK und des Gemeinderats bedanken. Die Vorlage bezeichnet er als eine gute Übersicht der Leistungsaufträge und vom Finanzplan 2 auf 17 bis 2020. Beides sind aus seiner Sicht sehr gut lesbar und übersichtlich. An der Stelle bedankt sich der Redner erneut für die Arbeit. Die anstehenden vier Jahre der Gemeinde, die geplante Infrastruktur, werden die Leistungen grundsätzlich noch sehr stark belasten. Aus seiner Sicht besteht die Hoffnung, dass allenfalls die Bewältigung dieser

Infrastrukturen möglichst ohne Steuererhöhungen umgesetzt werden können. Aber bei dem Entscheid ist der Einwohnerrat gefragt und in die Pflicht zu nehmen. Zurzeit verzichtet seine Fraktion darauf, Anträge zu stellen bzgl. Leistungsaufträge. Dies, weil die Angelegenheit sehr komplex ist, und auch sehr gut lesbar gewesen ist. Daraus ergibt sich für seine Fraktion, dass gewisse Anliegen, noch genauer geprüft werden. Entsprechend werden vernünftige Anträge an den Einwohnerrat noch folgen. Grundsätzlich wird allen Anträge der GRPK zugestimmt, ausser allenfalls dem Antrag 12.

Eduard Rietmann, GRPK-Präsident, möchte einige Ergänzungen anbringen, damit alle auf dem selben Stand sind. Im vorliegenden Budget ist der Antrag des Gemeinderats - die Kosten der GGA ins Budget zu nehmen - nicht drin. Die GRPK hat es in ihrem Antrag herausgerechnet. Zweite Ergänzung: Das Parkraumreglement, das jetzt besprochen worden ist, ist im Erlös drin, gerechnet im Budget. Dritte Ergänzung: Bettina Benthous hat die Verschuldung der Gemeinde angesprochen. Demnach hat die Gemeinde keine Schulden. Das stimmt nicht ganz, berichtet E. Rietmann. Die Rede ist im Moment nur von der Erfolgs-Rechnung und nicht von der Bilanz. In der Bilanz wurden die Pensionskassengelder fremdfinanziert und das ist ein gewisses Fremdkapital, was eine Verschuldung ist. Hingegen sind die Zinsen für das Kapital im Budget eingerechnet, sie liegen der GRPK also vor. Aber der Wert der ganzen Bilanz liegt im Budget nicht vor, sondern erst mit der Rechnung.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP, bedankt sich herzlich für die positive Aufnahme des Budgets. Er bittet um Erlaubnis, ein Schmunzeln aufsetzen zu dürfen, indem er sagt (Zitat) „...die Geister, die wir riefen...“. Er erinnert sich, dass vor zwei Jahren im Saal um gewisse Bereinigungen „gefigtet“ wurde. Der Einwohnerrat hatte damals Sparmassnahmen gefordert. Der Gemeinderat hatte mit der Verwaltung „beigenweise“ Material zusammengetragen. Auch gab es hitzige Debatten. Inzwischen befindet man sich im Prozess der Umsetzung. Wenn es in dem Prozess um die konkreten Punkte geht, finden es die einen gut, die anderen aber weniger, das ist ganz klar. Der Gemeindepräsident möchte darauf hinweisen, dass alle Punkte bsp. betreffend GGA oder Parkraumreglement, Punkte sind, die in der Haushaltsüberprüfung drin waren und dort auch schon in den entsprechenden Beträgen ausgeführt wurden. Auch, dass der Einwohnerrat vom Gemeinderat verlangt hatte, dass entsprechende Geschäfte eingebracht werden. Des Weiteren möchte er die Gemeinde Binningen „auch einmal in ein gutes Licht bringen“. Es ist doch so, fährt er fort, dass gewisse Punkte, die als nicht so gut empfunden werden, ja immer sehr genau beschrieben werden können. Dagegen werden Dinge, die vielleicht „gut“ sind, nicht immer so herausgestrichen, wie sie es vielleicht verdient hätten, weil dies etwas schwieriger ist. Er zeigt sich aber überzeugt, dass die Gemeinde Binningen zusammen mit dem Einwohnerrat einen Turnaround geschafft hat. Denn, lässt man einmal den Blick im Kanton Baselland nach Links und nach Rechts schweifen, stellt man fest, dass die meisten Gemeinden nun genau dort stehen, wo die Gemeinde Binningen noch vor zwei Jahren stand. So beispielsweise die Gemeinden Allschwil Bottmingen, Oberwil etc. Der Prozess, der dort zurzeit läuft, hat Binningen bereits hinter sich gelassen. Zum Ergebnis des Budgets möchte GP M. Keller erwähnen, dass nach Budgetabschluss nicht nur die Entscheidung des Landrats wegen der Lohnsteigerung gekommen ist, sondern auch die Entscheidung des Landrats bzgl. dem Finanzausgleich. Binningen ist – wie der Bericht zeigt – belohnt worden, für sein Engagement. Die Gebergemeinden dürfen bessere Zahlen schreiben, dank dem bereinigten Finanzausgleich. Es dürften nächstes Jahr ca. CHF 700 000 weniger sein, die Binningen in den Topf einzahlen muss. Das heisst, vergleicht man das ausgewiesene Ergebnis mit den knapp CHF 20 000 Plus, dann sind das über CHF 700 000, gemäss Information vom Finanzausgleich. Unter dieser Voraussetzung ist es keine „rote“ oder „schwarze Null“, sondern, man darf von einem positiven Ergebnis sprechen, trotz der erwähnten Ungewissheiten, bei denen es aber einen gewissen Handlungsspielraum gibt. GP M. Keller ist überzeugt, dass die Gemeinde gut aufgestellt ist. Gut aufgestellt ist man auch im kommenden Jahr, weil etliche Dinge sich zeitlich verschieben. Das ist auch der Grund, warum der Bericht erwähnt, dass mit der Realisierung der grossen Vorhaben auch die Frage nach den finanziellen Möglichkeiten wieder auf den Tisch kommt. Aber das wissen die Anwesenden wohl viel besser als er selbst, meint der Gemeindepräsident und fügt die rhetorische Frage an, was es bringt, darüber zu diskutieren, was im 2017 oder 2019 passiert, wo es doch sowieso anders kommt, als was man heute Abend im Ratssaal miteinander diskutiert. Sodann greift der

Gemeindepräsident den Punkt vom Direktbeschluss vom Fahrzeug, vom Winterfahrzeug, auf. Es war Usus, das wurde auch immer wieder gewünscht, dass solche Sachen direkt mit dem Budget eingebracht werden, auch dass die GRPK Gelegenheit hat, das zu prüfen. Selbstverständlich kann man für alles ein „separates Geschäft“ machen, so der Gemeindepräsident. Aber irgendwann sollte man doch auch die Verhältnismässigkeit wahren. Und, versichert der Gemeindepräsident, es „ist nicht einfach so“, dass man ein schönes, neues Fahrzeug anschaffen will, sondern, es handelt sich - seiner Ansicht nach - um eine wirkliche Notwendigkeit. Er möchte dem Einwohnerrat beliebt machen, dass man lieber das Geld in etwas anderes investiert, als daraus ein separates Geschäft zu machen und dieses letztendlich vielleicht noch einer Kommission zu überweisen. In dem Sinne und Geist möchte er „Danke“ sagen, dass die Anträge des Gemeinderats in den GRPK-Bericht einfliessen durften. Der Gemeinderat würde es begrüßen, wenn die Anwesenden im Sinne der GRPK beschliessen würden, so GP M. Keller.

Stefan Kaiser, FDP, zeigt sich erstaunt, dass jetzt schon wieder von möglichen, potentiellen Steuererhöhungen in der Zukunft gesprochen wird, dass man etwas Geld macht auf Vorrat. Dies, zumal die Rechnung 2016 noch nicht einmal vorliegt. Er fragt sich, ob das wirklich nötig ist. Und es freut ihn ausserordentlich, dass man nächstes Jahr und übernächstes Jahr nicht einmal von Steuererhöhungen träumen muss, wie er vom Gemeindepräsident eben gehört hat. Des Weiteren unterstützt die FDP-Fraktion die Frage bzgl. Gebäude-Unterhalt nicht. Der Redner begründet dies damit, dass die Antworten und der Vorwand jedes Jahr von Neuem vorgebracht werden. In den Protokollen ist diesbezüglich nachzulesen, dass, wenn das Geld nicht reicht oder bsp. eine grössere Sanierung eines Gebäudes ansteht, muss der Gemeinderat sowieso mit einer separaten Vorlage kommen, über die sich dann auch der Rat darüber unterhalten darf.

Gaida Löhr, SP, zeigt sich überrascht. Studiert man den Finanzplan der Gemeinde, sieht das anders aus, als das, was GP M. Keller eben geschildert hat. Sie ist der Meinung, dass sich langsam aber sicher ein immer grösser Finanzierungsfehlbetrag zeigt, bis 2020. Sie geht davon aus, dass sich der Gemeinderat nicht auf „Kaffeesatzleserei“ sondern auf diese Zahlen stützt. Umso mehr findet sie es seltsam, wenn es heisst, was 2017 anbetrifft kann nicht vorausgesagt werden. Aber weil man sich trotzdem darauf verlässt – wie die Rednerin feststellt - müssen die Zahlen wohl ernst genommen werden. Und demnach hat die Gemeinde Binningen wohl Schulden, folgert G. Löhr. Dass man sich überlegt, ob man dem irgendwann muss Rechnung tragen – die SP hat keinen Antrag gestellt, auch keinen für nächstes Jahr in Aussicht gestellt. Mit Blick zu Stefan Kaiser fügt sie an, dass die SP sehr wohl die Rechnung vorher anschauen wird. Aber die Fraktion stellt fest, dass die Planung der Gemeinde in eine andere Richtung geht, als es dies im Rat mitgeteilt worden ist. Das scheint ihr wichtig. Wenn die SP jedes Jahr von Investition in Gebäudeunterhalt, dann bleibt es auch eine absolute Verschwendung, dass die Gemeinde über leerstehenden Wohnraum verfügt, der bewohnbar wäre. Dies ist für die SP-Fraktion eine bestehende und richtige Tatsache und deshalb kommt sie auch jedes Jahr wieder auf den Tisch.

Gemeindepräsidentin Mirjam Schmidli, Grüne, äussert sich zum Gebäudeunterhalt. Sie präzisiert, es handelt sich nicht um eine „Kürzung“, sondern, es wurde anders aufgeteilt. So wurde genau aufgeteilt in den jährlichen Gebäudeunterhalt, in Instandhaltungsmassnahmen und in Instandstellung. Instandhaltung und Instandstellung ist separat, weil das nicht über einen Leisten geschlagen werden kann, da es je nach Liegenschaft unterschiedlich ist. Aus der Erfahrung der letzten Jahre wurde festgestellt, dass der jährliche Gebäudeunterhalt mit 0,85% reichen würde. Wie in der Vorlage beschrieben, sind die anderen Kosten für Gebäudeinstandhaltung und Instandsetzung separat; d. h. sie werden mit dem Investitionsbudget vorgelegt.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP, ist es ein Anliegen, dass er von der SP-Fraktion nicht missverstanden wird. Er präzisiert deshalb, dass die Erläuterungen von Gaida Löhr von der Entwicklung her völlig korrekt sind und fügt an: Was er gesagt hat, spiegelt auch die Diskussionen bzw. den Prozess in diesem Einwohnerratssaal. So wurden etwa im Budget 2014 grosse Investitionen für 2015 und 2016 platziert, das Budget 2015 enthielt grosse Investitionen für das Jahr 2016. Die Investitionen mussten jedoch alle

nach hinten verschoben, weil die entsprechenden Geschäfte längere Diskussionen nach sich zogen. Was er als Gemeindepräsident aufzeigen möchte ist, dass es momentan keinen Sinn macht, über Steuererhöhungen zu diskutieren, solange nicht einmal Beschlüsse vorliegen, für eine zweite Schulraumplanung, zur Liegenschaftsstrategie. Sobald die Entscheide vorliegen, kommt der nächste Planungsschritt, dann kann abermals konkretisiert werden. Der Gemeindepräsident betont: Was Ende 2016 für 2017 und für folgende Jahre ansteht, wird im Verlaufe des nächsten Jahres ersichtlich. Er hält es aus jetziger Sicht für verfrüht, irgendwelche Prophezeiungen zu machen. Eines ist aber sicher: Soll alles umgesetzt werden, was auf dem Einkaufszettel steht, dann ist es eine Frage der Prioritäten. Wenn es gelingt, diese Prioritäten in eine Etappierung hineinzubringen, dann wirkt es sich etwas eleganter bzw. weniger belastend aufs Portemonnaie aus. Wenn es in einem engeren Zeitraum realisiert werden soll, dann muss man sich die Frage stellen, wie es finanziert werden soll.

Der Einwohnerratspräsident beschliesst die Detailberatung bzw. Die Beschlussfassung der einzelnen Anträge des Berichts der GRPK zum Budget 2016, Gesch. Nr. 174A.

BESCHLUSS

://: Sämtliche Anträge der GRPK werden angenommen. Die Beschlüsse im Einzelnen:

1. Ersatzlos streichen
2. Ersatzlos streichen
3. Die GRPK beauftragt den Gemeinderat die 1%-ige Lohnkürzung durch eine Sonderzulage für das Geschäftsjahr 2016 auszugleichen.
4. Die Leistungsaufträge werden genehmigt.
5. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 40 898 526 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet, in CHF):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	2 143 885
- Steuern	822 739
- Gesundheit	5 301 723
- Kultur, Freizeit, Sport	3 565 298
- Bildung	16 152 588
- Öffentliche Sicherheit	1 069 145
- Soziale Dienste	7 674 956
- Verkehr, Strassen	2 755 948
- Versorgung	968 697
- Ortsplanung, Baugesuche	443 547
6. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 40 838 235 werden genehmigt.
7. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden unverändert wie folgt beschlossen:
 - 48 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
 - 2 % Ertragssteuersatz
 - 1,75 ‰ Kapitalsteuersatz

8. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen § 5 des Feuerwehrreglements.
9. Das Budget der Erfolgs-Rechnung 2016 mit Aufwendungen von CHF 75 709 348, Erträgen von CHF 75 649 059 und einem Aufwandüberschuss von CHF 60 289 wird genehmigt.
10. Folgende Investitionsausgabe gemäss Aufstellung unter Ziffer 2 wird direkt beschlossen:
 - Ersatzbeschaffung Werkhoffahrzeug (Winterdienst) CHF 150 000.
11. Das Investitionsbudget 2016 mit Ausgaben von CHF 11 658 000, Einnahmen von CHF 300 000 und Nettoinvestitionen von CHF 11 358 000 wird zur Kenntnis genommen.
12. Der budgetierte Stellenetat für 2016 wird mit 10 546 Stellenprozent genehmigt.
13. Vom Finanzplan 2017 – 2020 wird Kenntnis genommen.

Nachtrag I

Es wird über den Antrag der SP-Fraktion abgestimmt:

PG 10 Hochbau und Ortsplanung (Bericht S. 69)

Die SP-Fraktion beantragt, dass der unter 2.10.3. Immobilien des Finanzvermögens angekündigte Wechsel des Aufwands für den Gebäudeunterhalt von 0,9% auf 0,85% des Gebäudeversicherungswertes rückgängig gemacht wird und bei 0,9% bleibt:

Severin Brenneisen, SP, äussert vor der Abstimmung, dass drei bis vier Häuser leer stehen, weil sie nicht mehr bewohnbar sind, sie gehören der Gemeinde Binningen. Das ist unter anderem eine Folge dieser Massnahmen. Das man immer weniger Geld in die Liegenschaften steckt. Sei es, dass es eine Sanierung ist, seien es laufende Unterhaltskosten. Wie auch immer man es am Schluss benennt, ist unwesentlich. Tatsache ist, dass es sich um vier Häuser handelt.

Markus Ziegler, FDP, orientiert, dass das eine die politische Frage ist, das andere aber - was ihn interessiert, und weil ja die Frage jedes Jahr von neuem besprochen wird, was er aber nicht kommentieren möchte – ist die Frage: Was sind die finanziellen Auswirkungen des Antrags, über was wird eigentlich abgestimmt, in Franken und Rappen...?

Gemeindepräsident M. Keller, FDP, antwortet, dass es so ist, wie bereits von Gemeinderätin M. Schmidli erwähnt. Unter dem Strich bleibt nämlich alles beim Alten. Gemäss den neuen Budgetstrukturen wollte man aber grössere Sanierungsmassnahmen als Geschäfte einfliessen lassen und wollte sie dem Einwohnerrat unterbreiten. Und nur die wirklich allgemeinen Kleinreparaturen sollen direkt budgetiert werden. Das heisst, es hat keinen Einfluss, es ist am Schluss, ein reiner Budgetwert. Man ist ja nicht an der Rechnung. Zum Zweiten, bzgl. Liegenschaften meint der Gemeindepräsident, dass es gut ist, dass die Liegenschaftsstrategie demnächst im Einwohnerratssaal diskutiert wird - und es ist gut, wenn das Thema dereinst „vom Tisch ist“. Es ist nicht so, dass man die Häuser verlottern lässt, sondern, dass frische Lösungen gefunden werden möchten, allerdings seien einem dazu die Hände gebunden. Denn es existiert im Einwohnerrat ein Moratorium. Es besagt, dass der Gemeinderat warten muss, bis zum Vorliegen der Liegenschaftsstrategie. Der Gemeindepräsident nennt zwei Liegenschaften an der Hauptstrasse, für die im Einwohnerrat eine neue Planung für den unteren Teil der Hauptstrasse freigemacht

wurde. Der Gemeinderat ist mit der Verwaltung noch immer daran, Investoren zu finden. Es wäre falsch investiertes Geld, findet der Gemeindepräsident, hunderttausende von Franken in solche Häuser zu investieren, die im Rat bereits beschlossen wurden, dass eine Lösung gefunden werden kann. Deshalb plädiert er dafür, dass die einzelnen Dinge auseinandergehalten werden, anstatt der Verwaltung oder dem Gemeinderat zu unterstellen, dass sie die Gebäude verlottern lassen möchten. Es gibt Ideen für Liegenschaften, die in der Liegenschaftsstrategie vorgebracht wurden und bei der auch die zukünftige Lösung zielstrebig angegangen wird. Dabei muss man sich immer die Frage stellen: Wieviel steckt man in bestehende Sachen für die Erhaltung, im Verhältnis zu dem, was die Mittel für langfristige Nutzung angeht.

Philipp Spitz, SP, ist erstaunt, dass Gemeindepräsident M. Keller sagt, es hat keinen Einfluss, obwohl er (Ph. Spitz) eine andere Zahl sieht. Der Antrag kommt ja vom Gemeinderat, damit liegt die Begründungspflicht bei ihm. Es leuchtet ihm nicht ein, dass man nicht beim alten bleiben kann, umso mehr, wenn es doch „keinen Einfluss“ hat. Weiter erstaunt es ihn, dass - auf der anderen Seite – der eher unverdächtige Hauseigentümergebund 1% Unterhaltskosten pro Jahr vorsieht. Der Redner ist er der Meinung, dass nachhaltiges Wirtschaften anders aussieht.

Eduard Rietmann, Parteilos, empfiehlt, die Diskussion nun (Zitat) „abzuklemmen“, hat die GRPK das doch schon abgeklärt. Laut Aussage der Finanzverwaltung ist das die Basis die ausgegeben wurde, die es braucht für den Unterhalt. Wie gehört, wird ein Budget vorgelegt, auf dem tiefstmöglichen Niveau. Und wenn die Erfahrungswerte dem entsprechen, dass das Geld gar nicht benötigt wird, dann muss es auch nicht budgetiert werden, so der GRPK-Präsident. Bei allen übrigen Fragen zur Liegenschaftsstrategie hat man sich beim Gemeinderat informiert, die Ausführungen stehen im Bericht. E. Rietmann bittet dezidiert um Sachlichkeit bei der Diskussion rund ums Budget 2016.

ABSTIMMUNG Antrag: Die SP-Fraktion beantragt, dass der unter 2.10.3. Immobilien des Finanzvermögens angekündigte Wechsel des Aufwands für den Gebäudeunterhalt von 0,9% auf 0,85% des Gebäudeversicherungswertes rückgängig gemacht wird und bei 0,9% bleibt.

BESCHLUSS

://: abgelehnt

Nachtrag II

Es wird über den Antrag der SP-Fraktion abgestimmt:

Finanzplan 2017-2020; 2. Investitionen (Bericht S 83)

Die SP-Fraktion beantragt eine Streichung des GRPK-Antrags Nr. 10:

Ersatzbeschaffung eines Werkhoffahrzeugs

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos äussert, dass es sich um ein Fahrzeug aus dem Jahr 2007 handelt, das ersetzt werden muss. Es ist ein Allround-Fahrzeug, das auch im Winter eingesetzt werden kann. In Binningen besteht ein Intervall von üblicherweise 10 Jahren, in denen Fahrzeuge ersetzt wer-

den. Im vorliegenden Fall handelt es sich um ein neun Jahre altes Fahrzeug, das sehr stark belastet wurde. Bei einer Beurteilung werden das Alter und der Reparaturbedarf evaluiert. Das Fahrzeug hatte damals CHF 180 000 gekostet. Das neue Fahrzeug kostet CHF 150 000. Es entspricht den neusten (Euro)-Normen, sowohl technisch als auch umweltmässig, es ist mit Partikelfilter bestückt. Der Einwohnerrat darf sicher sein, so der zuständige Gemeinderat, dass die Anschaffung dieses Typs sehr genau geprüft wurde. Auch dass der Werkhof bemüht ist, ein Fahrzeug – wenn immer möglich – noch etwas länger zu benutzen. Wie bereits vom Gemeindepräsidenten M. Keller erwähnt, würde sich der Gemeinderat über einen Direktbeschluss freuen, schliesst der zuständige Gemeinderat sein Votum.

Severin Brenneisen, SP, möchte wissen, was es – nebst dem Alter - sonst noch für einen Grund für einen Ersatz gibt. Er anerkennt, dass das Fahrzeug stark belastet wurde, also wahrscheinlich auch stark abgenutzt wurde, was vermutlich Reparaturkosten nach sich zog. Weiter möchte er wissen, ob das Fahrzeug, das ja offenbar auch als Winterdienstfahrzeug im Einsatz stand, mit Zusatzgeräten wie bsp. Schneepflug etc. ausgerüstet ist, also Geräten, die allenfalls kompatibel sind, mit dem neuen Fahrzeug. Er erinnert in dem Zusammenhang an „Fälle“, bei denen nachträglich Kredite bewilligt werden, mangels Kompatibilität.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos, antwortet darauf, dass die Reparaturkosten ausschlaggebend waren. Als Allroundfahrzeug ist es sehr stark abgenutzt. Wie hoch die Kosten sind und welche Abwägungen getroffen wurden, kann er nicht im Detail sagen. Aber vom Prozess her werden solche Massnahmen sehr genau geprüft. Der zuständige Gemeinderat bestätigt, dass es vor ein paar Jahren tatsächlich einmal ein Problem gab mit der Kompatibilität bei einem Lastwagen. Im vorliegenden Fall, so der zuständige Gemeinderat, darf man sicher sein, dass dies geprüft wurde und das passt soweit. Damals ging es noch um Strassenverbauungen mit Tempo 30, die andere Gerätschaften erforderlich machten. Es wurde auch dort nicht einfach eine solche Situation entstanden, sondern die Bedingungen haben zu den Problemen geführt.

ABSTIMMUNG Antrag: Die SP-Fraktion beantragt, eine Streichung des GRPK-Antrags Nr. 10:
Ersatzbeschaffung eines Werkhoffahrzeugs

BESCHLUSS

://: abgelehnt

P A U S E

Traktandum 6

Nr. 151

Totalrevision Personalrecht

EINTRETEN

Keine Wortmeldung

Simone Abt, SP, erklärt, dass ein Teil ihrer Fraktion dafür gewesen wäre, das Geschäft zurückzuweisen. Es wird aber kein entsprechender Antrag gestellt. Die Fraktion möchte darauf eintreten. Es ist ein sehr

wichtiges Geschäft, dem die SP grosse Aufmerksamkeit gewidmet hat und das auch weiterhin tun wird. Die Rednerin beschreibt die Vorlage als gut, klar und übersichtlich, sie bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung. Die SP ortet dennoch etlichen Diskussionsbedarf. Der Grund dafür ist, dass viele grundlegende Fragen angesprochen werden. Auch handelt es sich um eine existentielle und empfindliche Thematik. Die Vorlage wurde sorgfältig erarbeitet mit einer Arbeitsgruppe, mit Vertretern aus Arbeitnehmenden, der Personalkommission und der VPOD und der Arbeitgeberin. Weiter hat eine Vernehmlassung mit Parteien und weiteren interessierten Kreise stattgefunden. Auch die SP hat sich daran beteiligt und eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich eingehend damit befasst hat. Die Rednerin bezeichnet es als amüsant, dass in der Zusammenstellung der Vernehmlassungsantworten fast ein bisschen tadelnd festgehalten wird, dass sich die SP nicht insgesamt pro oder contra Vorlage ausgesprochen hat, sondern lediglich zu einzelnen Punkten. Und ja, das stimmt, bestätigt die Rednerin. Der Grund dafür ist, dass bei der SP-Fraktion grundsätzlich skeptische Haltung bewusst ist, dass es gewisse Bereiche gibt, bei denen es aus Gründen der Rechtssicherheit Neuregelungen geben muss. Dazu bietet die SP natürlich Hand. Es fragt sich, ob dazu gleich eine umfassende Totalrevision notwendig ist? Man hätte auch die Haltung vertreten können, dass Feinarbeit am alten Reglement genügt hätte und damit hätte nicht das ganze umgestürzt werden müssen. Die SP-Fraktion bekundet, dass die „sexiness“ der 4 knackigen „K“ nicht wirklich ins Auge sticht. Auch verfolgt die Fraktion nicht das Ziel, das öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnis möglichst nahe ans Privatrecht heranzuführen. Vielmehr ist die Fraktion der Ansicht, dass manche Aspekte im öffentlichen Recht besser, insbesondere zum besseren Schutz des Personals, geregelt sind. Die Angleichung könnte aus Sicht der Fraktion genauso gut in umgekehrter Richtung erfolgen. Frau Martullo-Blocher würde dazu wahrscheinlich sagen: „You dream, you!“, aber sie (S. Abt) möchte dies trotzdem erwähnt haben. Soweit das Grundsätzliche. Zu den Einzelheiten: Die Fraktion ist grundsätzlich erfreut darüber, dass die erwähnten Themen in der Vernehmlassung aufgegriffen und vertieft diskutiert worden sind. Ebenso begrüsst ihre Fraktion, dass zwei ihrer Anliegen bereits Eingang gefunden haben, in die definitive Vorlage, so „die Vereinheitlichung der Arbeitsverhältnisse“. Demnach gibt es inskünftig nur noch öffentlich-rechtliche Anstellungen in der Gemeinde, was sehr schön ist, so die Rednerin. Sie präzisiert, dass damit nicht etwa die Bezeichnung gemeint ist, sondern der Inhalt des öffentlich-rechtlichen Verhältnisses. Ausserdem wird beim Bezug von Ferien, dem Erholungseffekt mehr Bedeutung beigemessen, indem die Arbeitnehmenden einmal im Jahr, zwei Wochen - sprich 10 Arbeitstage am Stück - Ferien beziehen müssen. Dies als Vorbeugemassnahme gegen Krankheiten wie etwa Burnout und ähnlichem. Die Vernehmlassung der Fraktion enthält noch ein paar Punkte mehr. Sie wurden zwar diskutiert nach Aufführung in der Vorlage, wurden jedoch nicht im Sinne der Fraktion entschieden. Die Rednerin möchte festhalten, dass die Position der SP eine starke Übereinstimmung aufweist mit jener der Personalkommission. So bsp. bezüglich Kürzung und Wegfall von Vorteilen im Rahmen der vorliegenden Revision. Dies zusätzlich zu den bereits getätigten Abzügen im Zusammenhang mit der PK-Ausfinanzierung. Aber auch die Verlagerung von Bestimmungen vom Personalreglement in Verordnung und Wegleitungen. Dies mag zwar eine gewisse Flexibilität mit sich bringen, aber gleichzeitig auch das Potential von weiteren Verschlechterungen nach sich zieht, auf kürzestem Entscheidungsweg. Oder aber die Grundsätze der Verwaltungsführung quasi auf Light-Bild-Ebene runterzuhebeln entspricht nicht den Auffassungen der Fraktion. Selbst wenn zurecht angeführt werden kann, dass die Grundsätze nicht direkt judizierbar sind. Gesellschaftliche Aspekte gehören nicht nur ins Kredo der Arbeitgeber der Gemeinde, also ins Leitbild. Sondern sie gehören auch politisch diskutiert. Im Kontext Personalreglement ist es wichtig, dass die Argumentationen und Entscheidungen transparent dargelegt werden, damit sie verstanden werden und weiterhin von einem breiten Konsens getragen werden. Die SP schlägt deshalb die Überweisung in eine Spezialkommission vor, entsprechend der Gewichtigkeit des Bereichs, der geregelt werden soll, sprich, in eine 9-er Spezko.

Beatrice Büschlen, Grüne / EVP, teilt mit, dass ihre Fraktion erfreut gewesen ist, über den Entschluss des Gemeinderats, eine Vernehmlassung durchzuführen. Man war deshalb gespannt auf das Ergebnis. Enttäuscht wurde zur Kenntnis genommen, dass die vierseitige Vernehmlassungsantwort auf sechs Zeilen zusammengefasst worden war. Das heisst, eigentlich wurde nur die Einleitung zusammengefasst. Sie teilt mit, dass sich ihre Fraktion nicht sehr ernst genommen fühlt. Die Grüne / EVP-Fraktion hatte nicht nur

Bedenken geäussert, sondern auch Vorschläge eingebracht. Diese wurden weder aufgenommen noch im Kommentar der Synopse erwähnt. Ihre Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass die Kündigungsgründe weiterhin erwähnt bleiben sollen. Die entsprechende Begründung der Fraktion wurde in der Stellungnahme ausführlich dargelegt, zusammen mit zwei Schriftzügen. Ebenso zum öffentlich-rechtlichen versus privatrechtlichem Thema. Nicht aufgenommen und auch mit keinem Satz erwähnt worden ist der Vorschlag der Fraktion, den unbezahlten Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub auf 12 Monate zu erhöhen. Analog die Verordnung des Kantons Baselland §9 über den Elternurlaub. Auch der Vorschlag der Fraktion mit den erweiterten Vorschlägen zur Weiterbeschäftigung, analog §10 Weiterbeschäftigung in der Baselbieter Verordnung, ist scheinbar vergessen worden. Wenn der Kanton Baselland Weiterbeschäftigung nach dem Mutterschaftsurlaub praktikabel praktizieren kann, sollte dies für Binningen wohl auch möglich sein. Es befremdet die Fraktion, dass im Kommentar das Baselbieter Recht als Beispiel aufgeführt wird, jedoch steht dort wiederum etwas ganz anderes drin, wie man beim Nachlesen feststellt. Zudem wäre es moderner gewesen und auch knapper, eines der vier „K“ dass das Thema als Elternthema zu definieren, analog dem Kanton Baselland. A propos vier „K“: Sie kommentiert jetzt knapp und klar nicht, möchte aber noch etwas zum „kompetitiv“ und zum „kostenbewusst“ sagen: Attraktivität und Kostenneutralität beissen sich. Attraktivität ist in den wenigsten Fällen günstig. Und Kostenneutralität ist nicht attraktiv. Auch die Grüne/EVP-Fraktion ist für eine Überweisung in eine Spezko, um die eigenen Anliegen dort etwas dezidierter vertreten zu können.

Sven Inäbnit, FDP, fragt, ob man sich – aufgrund der Voten der beiden Vorrednerinnen nun schon in einer Direktberatung befindet. Dies, nachdem schon episch auf die einzelnen Punkte eingegangen worden ist und anschliessend auch schon der Vorschlag für eine Spezko-Überweisung erfolgte. Danach bedankt er sich namens der Fraktion beim Gemeinderat für die grosse Arbeit, die geleistet wurde. Der Dank richtet sich auch an die beratende Kommission, die das Werk gestaltet hat. Ebenfalls hat die Fraktion begrüsst, dass eine systematische Vernehmlassung ins Leben gerufen wurde, bei der man sich äussern konnte. Er erwähnt, dass es auch geschätzt worden wäre, wenn sich alle Parteien dazu geäussert hätten. Wenn er hört, was andere in der Vernehmlassung geschrieben haben, wundert es ihn nicht, dass diese Aussagen am Schluss nicht in den Vorschlag eingeflossen sind. Seine Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass viele Punkte noch Diskussionsbedarf haben. Natürlich kann man nicht einig gehen, mit gewissen Ansichten, die von der SP geäussert wurden. Auch kann nicht auf Absichten eingegangen werden, wie etwa den Mutterschaftsurlaub nochmals zu verlängern. Das Reglement ist nach wie vor sehr üppig ausgestattet. Es muss ein Realitätscheck gemacht werden, mit der Privatwirtschaft. Er spricht nicht von den grossen Firmen, sondern von den 99 Prozent KMU, in denen ganz andere Realitäten herrschen, als im Reglement. Im Reglement scheinen gewisse Dinge auf Wunschdenken zurückzuführen. Trotzdem hat es auch moderne Elemente. Seine Fraktion hat noch offene Fragen bei der Besitzstandwahrung, beim unbezahlten Urlaub, bei der Ferienausdehnung auf 25 Tage, bei der Stellung des Kaders, das nicht kadergerecht formuliert ist. Seine Fraktion stellt den Antrag, das Geschäft in eine Spezialkommission zu überweisen, der Wunsch ist eine 7-er Kommission. Das kann mit 7 Leuten gemäss einem der 7 „K“ gemacht werden, nämlich knapp und klar und kompetitiv und kostengünstig, vielleicht nicht kostenneutral aber kostengünstig. Also lieber in eine 7-er Kommission. Ob neun Leute ein besseres Resultat zustande bringen, wagt der Redner zu bezweifeln.

Karl Heim, CVP, bedankt sich beim Gemeinderat für die ausführliche Stellungnahme und für die grosse Arbeit, die geleistet wurde. Betrachtet man die Propaganda, die man heute Abend in die Hand gedrückt bekommen hat, stellt man fest, dass einzelne Punkte darauf im neuen Reglement sogar verbessert wurden, und nicht verschlechtert, betont er. Im Wesentlichen geht er mit Sven Inäbnit einig, dass sich aus der Vernehmlassung heraus einzelne Fragen auftun, die vertieft angeschaut werden müssen. So beispielsweise 3.3. *Beendigung des Arbeitsverhältnisses* oder auch: *andere geldwerte-Leistungen*. Dazu möchte er sagen, dass bei der Vertragsausgestaltung in der Privatwirtschaft ein grösserer dispositiver rechtlicher Spielraum besteht. Nach Auffassung der Fraktion steht eine Angleichung an das Privatrecht daher in gewissen Punkten einer wirkungsorientierten Verwaltung eher entgegen. Das Dossier, mahnt der Redner, darf in seiner Komplexität vom Umfang und der heiklen politischen Fragen her, auf kein Fall

unterschätzt werden. Insofern hält er den Vorschlag oder vielmehr den Antrag einer Inkraftsetzung per 1. Juli 2016 als für sehr sportlich, um nicht zu sagen unrealistisch. Seine Fraktion beantragt die Auslagerung des Geschäfts in eine 7-köpfige Spezialkommission. Die beiden Anträge des Gemeinderats lehnt seine Fraktion ab.

Susanna Keller, SVP, dankt dem Gemeinderat für die umfassende Vorlage Totalrevision Personalrecht, die die Fraktion intensiv geprüft hat. Es wurden einige positive Punkte ausgemacht. So etwa das Hauptziel der Revision, die inhaltliche Angleichung ans Privatrecht. Trotzdem sind innerhalb der Fraktion viele Fragen und Diskussionspunkte entstanden. Beispielsweise bei der Unterscheidung der Anstellung von Lehrpersonen nach kantonalem Recht und der Gemeindemitarbeiter nach kommunalem Reglement, sowie anderes mehr. Sie möchte sich nur noch knapp zum Geschäft äussern, da ihre Vorredner schon viel dazu gesagt haben. Die SVP stellt den Antrag, das wichtige Geschäft, dieses wirklich wichtige Geschäft, für eine genaue Beurteilung, in eine Spezko zu überweisen, vorzugsweise in eine 9-er Spezko.

Es folgt ein Aperçu von Peter Heiz, FDP, der den Anwesenden bzgl. „Spezko“ folgendes mit auf den Weg gibt: ...es gibt wohl kein einziges „Buschi“ dass besser gedeiht, ungeachtet dessen, ob es vom Vater („Babbe“) 1, 5 oder 10 Tage gestillt („gshöbbelet“) wird. Der Redner nimmt für sich in Anspruch, dass er weiss, von was er spricht (*er ist Arzt – Anm. der Protokollantin*). Allerdings entzieht es sich seiner Kenntnis, ob inzwischen auch Männer in der Lage sind, zu stillen – rein wissenschaftlich ist dies noch nicht erwiesen, räumt er ein...

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP, dankt dem Einwohnerrat für die Voten und für die gute Aufnahme, sowie rückwirkend jenen Fraktionen, die eine Stellungnahme abgegeben haben. Er bekennt, dass er alle geäusserten Gedanken sehr gut verstehen kann. Er erinnert sich daran, wie es war, als vor rund einem Jahr das Thema zusammen mit der Arbeitsgruppe bzw. den Vertretern der Arbeitnehmer angepackt wurde. Er beschreibt die Arbeit als eine sehr spannende und auch als eine diffizile Angelegenheit. Der (*künftigen – Anm. der Protokollantin*)Kommission möchte er deshalb mit auf den Weg geben, dass damals nicht auf der Grünen Wiese ein neues Personalreglement entworfen wurde. Die Ausgangslage war ein bestehendes Reglement. Seitens der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeber existierten verschiedene Ideen und Ziele. Über ein halbes Jahr lang wurden die Paragraphen im Reglement und in der Verordnung diskutiert, es wurde gefightet. Am Schluss resultierte ein Kompromiss, hinter dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen stehen konnten. Man kann nun wohl über einzelne Details diskutieren, so der Gemeindepräsident. Jedoch sollte das Ganze in der Waage ausgeglichen, heisst, auf beide Seiten wohl austariert sein. Deshalb ist es ihm wichtig, dass auch der Mechanismus, der dahinter steckt, verstanden wird. Der Gemeindepräsident warnt davor, voreilig privatwirtschaftliche Lösungen heranzuziehen – denn der Massstab sollte am bestehenden Reglement angelegt sein. Auch muss geprüft werden, was sich gegenüber dem bestehenden Reglement geändert hat und wo Handlungsspielraum besteht. Dieser ist – leider – eingeschränkt. Das hängt mit den vielen Rahmenbedingungen zusammen. Auch hat es mit Vorgaben und Strukturen zu tun, die gewachsen sind, sie können nicht von heute auf morgen über Bord geworfen werden. Er bezeichnet es als gut, dass alle Parteien in einer solchen Diskussionsrunde vertreten sind. Auch ist er davon überzeugt, dass genau so lange und genau so hart gefightet und diskutiert wird, wie es bereits in der Kommission der Fall war. Er ist sich sicher, dass letztlich eine ausgewogene Lösung resultieren wird. Auch wünscht er der künftigen Kommission an der Stelle schon jetzt alles, alles Gute.

Rahel Bänziger, Grüne / EVP, erinnert, dass die Spezialkommissionen die Eigenschaft haben, dass sie den Parteienproporz widerspiegeln, in allen Grössen. Sie möchte aus Effizienz- und aus Kostengründen dafür plädieren, dass man eine kleine Kommission macht, konkret, eine 5-er. Dort sind alle Fraktionen einfach vertreten. In einer 7-er Kommission haben einfach SP und FDP zwei Sitze, damit egalisieren sie sich, bei einer 9-er würden sich die Bürgerlichen, die Linken und die Grünen ebenfalls egalisieren. Sie plädiert nochmals dafür, das ganze knapp auch für eine Spezko anzuwenden und möchte beliebt machen, doch eine 5-er Spezko einzusetzen. Diese Möglichkeit besteht und alle sind darin vertreten.

Einwohnerratspräsident Ch. Anliker fasst zusammen, dass drei verschiedenen Grössen für eine Spezko vorgeschlagen werden, es sind: Eine 5er, 7-er und 9-er.
Anschliessend lässt er über die Grösse abstimmen.

ABSTIMMUNG: Grösse Spezko

9-er: 14 JA (1. Wahlgang) / 13 JA (2. Wahlgang)

7-er: 16 JA (1. Wahlgang) / 24 JA (2. Wahlgang)

5-er: 5 JA

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird in eine Spezialkommission (7 Mitglieder) überwiesen. 151

Info: „Spezko Personalrecht“: Präsidium: SVP (Susanna Keller), Vize: SP

Traktandum 7

Nr. 182

Investitionsausgabe von CHF 195 000 für zwei Fotovoltaikanlagen

EINTRETEN

unbestritten

Pascal Treuhardt, FDP, die Fraktion verdankt die nette Vorlage. Er bezeichnet es als sehr schön zu sehen, was bei den Solardächern künftig auf die Gemeinde Binningen zukommt. Der Überblick ist sehr schön zu sehen. Im Grossen und Ganzen ist die Fraktion der Meinung, dass die Solarzellen ein Teil des Energiekonzepts – auf das man noch wartet – wären. Am liebsten würde seine Fraktion noch warten bis das Energiekonzept steht, um es zusammen mit den Solarzellen zu prüfen. Hier handelt es sich jedoch um zwei spezielle Fälle. Das eine ist das Garderobengebäude. Bereits bei dessen Bau wurde gesagt, dass darauf eine Solaranlage montiert wird, deshalb, mutmasst der Redner, ist das Flachdach auch so grosszügig gestaltet worden. Entsprechend versucht man sich daran zu halten, was einst angedacht und geplant war, also für ein Flachdach. Beim zweiten Fall geht es um das Neusatzschulhaus. Leider wird dort nicht der wesentliche Knackpunkt von 30 kWp-Leistung erreicht, sondern es sind nur 28 kWp. Schöner wäre es gewesen, wenn es dort auch 30 oder mehr wären. Dass dies nicht so ist, liegt wahrscheinlich am Dach. Die Fraktion fragt sich, weshalb das Ganze überhaupt dorthin kommt und ob das überhaupt architektonisch mit dem Schulhaus – das ja eigentlich ein schönes Ensemble darstellt – verträglich ist. Die Fraktion hat sich sagen lassen, dass dies - vom Denkmalschutz her - so machbar ist. Und auch, wenn die Halle sowieso erdbebensicher gemacht werden muss, dann muss auch ein neues Dach gemacht werden, also kann man auch ein relativ teures Solardach darauf stellen. So hat man eine erdbebensichere Halle mit einer eigenen Stromversorgung – entsprechend ist man gewappnet und so kann die Katastrophe ja bald kommen, meint der Redner süffisant. In der Fraktion hat es eine Mehrheit gegeben, bei beidem zuzustimmen, wie man anschliessend feststellen wird.

Anne Platten, SP, bedankt sich namens der Fraktion für die übersichtliche und gut begründete Vorlage. Die beiden Bauvorhaben überzeugen in der Argumentation. Die Fraktion unterstützt beim Garderobengebäude Spiegelfeld die Wahl der kleineren Anlage mit ihren Vorteilen, dass sie kostendeckend und günstiger ist. Für die Indach-Anlage auf der Turnhalle Neusatz ist die gleichzeitige Ausführung von Sanierung, Erdbebenertüchtigung und Fotovoltaik-Anlage sehr wichtig. Die Fraktion unterstützt die Investitionsausgabe von CHF 195 000 und freut sich auf eine rasche Umsetzung.

Jürg Blaser, SVP, stimmt den Investitionsausgaben der beiden Fotovoltaikanlagen zu. Der Standort ist gut und die Gelegenheit, eine solche Anlage zu installieren, ist gegeben. Es wäre interessant gewesen, weshalb in dem Fall gerade die Firma Plattner Engineering GmbH zum Zug gekommen ist und nicht bsp. eine andere Firma. Auch bzgl. dem Aspekt von grauer Energie, wurde kein Hinweis gefunden. Die Fraktion stimmt den Anträgen zu.

Thomas Hafner, CVP, bedankt sich beim Gemeinderat für die Vorlage. Die Fraktion stimmt der Vorlage - wahrscheinlich – zu, nachdem ja der Einwohnerrat beim Energiefondsreglement beschlossen hatte, die Fotovoltaikanlagen aus dem Energiefonds zu finanzieren. Der Redner stellt zwei, drei Fragen in Aussicht und verweist auf einen späteren Zeitpunkt.

Beatrice Büschlen, Grüne / EVP bedankt sich für die informative Vorlage zu den geplanten Fotovoltaikanlagen auf zwei öffentlichen Gebäuden. Sie sind beide bei der Fraktion unbestritten. Das Geschäft birgt die Gefahr, dass es ohne Diskussion und ohne es zu hinterfragen angenommen wird, ist doch die Vorlage variantenreich, auch steht das Geld dafür ja schon bereit. Die Grüne / EVP möchte gerade deswegen sorgfältig abklären. So muss etwa beim Spiegelfeld wegen unklarer Planungen und Ausführungen mit einer weniger effizienten Anlage Vorlieb genommen werden, weil die Fläche nicht ausgenutzt werden kann. Die Rednerin möchte wissen, ob es nicht noch andere Möglichkeiten gibt? Was geschieht, wenn etwa in ein paar Jahren, wegen weiterer Nutzung, die Elektroanlage vergrössert werden muss, denn diese ist anscheinend zu klein dimensioniert? Müsste in einem solchen Fall nicht ohnehin ein neuer Hausanschluss gemacht werden? Erlaubt sei auch die Frage, weshalb die Abstützsicherung inkl. Gerüst zu Mehrkosten von CHF 23 000 führen? Gibt es dazu Alternativen? Wurden auch andere Planer konsultiert? Auch sind der Umbau und die Sanierung der Neusatzturnhalle nicht pannenfrei verlaufen. Die Rednerin drückt entsprechend die Hoffnung aus, dass nicht noch mehr Pannen hinzukommen, *)„Murphy“ lässt grüssen. Die Grüne / EVP-Fraktion begrüsst auch beim Neusatz die neue Indoor-Anlage. Sie ist erfreut über den Umstand, dass die Denkmalpflege keine Einwände geltend gemacht hat. Mit einer Indach-Anlage erhält man eine neue EIV und spart Ziegel. Weil das Dach sowieso gemacht werden muss, ist das natürlich vernünftig. Auch gefallen die Giebel mit den Ziegeln, als Abschluss. Allerdings stellt sich die Frage, was für die Hinterlüftung der Anlage vorgesehen ist? Auf der Vorlage und bei den Unterlagen des Planers, sind dazu keine Unterlagen zu finden. Eine ungenügende Hinterlüftung kann die Leistung der Anlage verringern und u. U. das Unterdach schädigen. Auch hier wünscht die Fraktion Informationen. Bei den beiden Gebäuden ist nicht alles optimal verlaufen, erinnert die Rednerin. Die Fraktion sorgt sich, dass (vorgenannter) „Murphy“, bei den beiden Gebäuden „festsetzt“. Deshalb möchte die Fraktion die beiden Anlagen, für eine kurze Runde, in die BPK überweisen.

*)Nach dem Gesetz von Murphy (=Murphy's law) geht alles schief, was nur schiefgehen kann
(nur ausgerechnet dann nicht, wenn man zeigen will, dass etwas schiefgeht!)

Christoph Maier, FDP, ärgert sich darüber, dass solche Projekte nicht mehr vernünftig hinterfragt werden, weil alles so gut aussieht und weil das Geld dafür vorhanden ist. Er stellt sich vehement gegen eine solche Haltung. Er stellt nüchtern fest, dass es offenbar normal ist, dass Fotovoltaik-Anlagen auf die Dächer gebaut werden. Und dies, ohne zu hinterfragen, ob vielleicht nicht auch Sonnenenergie effizienter wäre, insbesondere auf solchen Gebäuden, wie dem vorliegenden, bei denen warmes Wasser benötigt wird. Er stellt sich ernsthaft die Frage, weshalb ausgerechnet eine Fotovoltaik-Anlage auf das Dach gebaut werden muss. Er befürchtet, dass die Energie mit grossem Verlust an Effizienz ins öffentliche Energienetz gespeist wird, um es später mit grossem Verlust zu nutzen. Er ist der Meinung, dass Sonnenenergie viel effizienter wäre, um Wärme für die Duschen des Garderobengebäudes zu erzeugen.

Roger Moll, Parteilos, beschreibt die Fotovoltaikanlagen, so wie sie beschrieben sind, als sinnvoll. Gross herumdoktern sollte man nicht an der Vorlage, auch muss sie nicht in eine Kommission. In einer Wettbewerbskommission wurde damals diskutiert, ob man eine Fotovoltaikanlage auf das Dach des Spiegelfeld-Schulhaus sollte oder könnte montieren. Weshalb es aus der Ausschreibung herausgefallen ist, ist ihm auch nicht mehr präsent. Grundsätzlich ist es richtig, dass man das macht. Die Problematik stellt sich beim Bau, bei dem es sich um eine Holzdecke handelt etc. Er stellt die Frage, ob daran gedacht

wurde, Leerrohre einzulegen, um allenfalls eine Fotovoltaikanlage darauf zu stellen? Falls das nicht gemacht wurde, wird es sehr komplex, weil das ganze Gebäude aus einer Holzkonstruktion besteht. Im Neusatz-Schulhaus stellt sich das Ganze etwas unproblematischer dar. Jedoch hält er es auch dort für absolut machbar. Soweit er sich erinnern kann, wurde die ganze Angelegenheit finanziell im Energiekonzept durch den Einwohnerrat genehmigt. Daher erübrigt es sich, über Kosten zu sprechen, solange Unterlagen und Ausschreibungen in Ordnung sind. Dem Geschäft kann ohne weiteres und ohne es in eine Kommission zu schicken, zugestimmt werden, findet er.

Eduard Rietmann, Parteilos, erinnert, dass eine politische Entscheidung getroffen werden sollte – es sollte nicht „Architekterlis“ gespielt werden. Das heisst die tiefsten Details zu diskutieren, ist nicht Sache des Einwohnerrates. Dann möchte er Christoph Maier widersprechen: Seit neun Jahren gibt es eine solche Wärmeanlage auf dem Dach. In der Hochsaison werden 90% der Energie nicht genutzt, weil es Heisswasser im Überfluss gibt. Deshalb kann das Heisswasser gut elektrisch gemacht werden. Allerdings, so der Redner, bewegt er sich mit seinen Ausführungen selbst gerade wieder im Bereich „Architekterlis spielen“, was ja gar nicht gewollt ist.

Gemeinderätin Mirjam Schmidli, Grüne, bedankt sich für die gute Aufnahme des Geschäfts. Anschliessend beantwortet sie Fragen. Zum Planer: Herr Plattner wurde ausgewählt, weil er ein produktunabhängiger Experte ist. Wenn die Anlage ausgeschrieben wird, haben die verschiedenen Anbieter Gelegenheit, zu offerieren. Sie wehrt sich gegen den Vorwurf, dass wahllos solche Anlagen auf die Dächer gebaut werden. Es wurde eine Kosten-Nutzen-Analyse gemacht. Diese ist auch auf den einzelnen Blättern beschrieben. Gerade bei einem Schulhaus wird tagsüber Strom benötigt, für PC, Belüftung, verschiedene Anlagen. Die zeitliche Übereinstimmung von der Sonnenbestrahlung und vom Stromverbrauch ist gegeben. Um Strom zu produzieren und ihn auch selbst zu beziehen, ist die Anlage sehr geeignet für ein solches Schulhaus bzw. Turnhalle bzw. die Anlage bezieht sich ja auf die ganze Parzelle. Es wurde ausgewiesen, dass die Anlage wirtschaftlicher ist, wenn der Strom auch noch gleich selbst bezogen werden kann. Die graue Energie und die Hinterlüftung wurden in der Wirtschaftlichkeit der Rechnung berücksichtigt. Es gibt eine Praxis für die Indachanlagen, wie sie funktionieren, entsprechend wird der Thematik auch Rechnung getragen. Die zuständige Gemeinderätin erinnert, dass es eine einmalige Gelegenheit ist, diese Anlagen zu realisieren. Es handelt sich um zwei konkrete, realisierbare Projekte. Die Finanzierung ist gesichert. Damit kann etwas sinnvolles gemacht werden, wie im Saal gewünscht wurde. Die Gemeinde Binningen kann eine Vorbildrolle übernehmen. Das Timing mit dem Neusatz-Schulhaus ist ideal, weil das Dach sowieso neu gemacht werden muss. Die Arbeiten können im nächsten Sommer gemacht werden. Deshalb ist es wichtig, dass die neue Anlage heute Abend beschlossen wird, um die baulichen Synergien nutzen zu können.

ABSTIMMUNG

Der Einwohnerratspräsident Ch. Anliker erinnert, dass der Antrag der Grünen im Raum steht, für eine Überweisung in die BPK. Er lässt darüber abstimmen

BESCHLUSS

://: Antrag abgelehnt

Thomas Hafner, CVP, hält es zwar für gut und recht, dass die Anlage erstellt wird. Was ihn ein bisschen gestört hat ist, es sind nicht sehr grosse Anlagen, es spricht nichts dagegen. Beim Garderobengebäude wurde am Anfang gesagt, dass die Anlage darauf gebaut wird. Bei genauer Betrachtung der Vorlage stellt er fest, dass einiges im Vorfeld der Anlage schiefgelaufen ist. Da vor allem das Garderobengebäude tagsüber im normalen Betrieb praktisch keinen Stromverbrauch hat und der Strom wahrscheinlich

auch erst gegen Abend stattfindet, findet er es schade, dass der Strom ins öffentliche Netz gespeist wird, ohne dass er gemessen und gezählt wird. In der Vorlage heisst es, dass die Zählertopologie nicht gemacht wird – für eine Kev-Anlage – weil der Aufwand unverhältnismässig gross ist. Jedoch hält der Redner es für keine grosse Sache, eine Zählertopologie einzurichten, die den produzierten Strom und den Abgabestrom ins Netz misst. Er möchte dem Gemeinderat ans Herz legen, sich das nochmals zu überlegen, also, den Strom zu messen, der ins Netz gespeist wird.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Ja 35 / Nein: 2

Antrag 2: Ja 35 / Nein: 2

BESCHLUSS

://: Die Investitionsausgabe von CHF 90 000 (Kostengenauigkeit +/-10%) für eine Fotovoltaikanlage mit 30 kWp-Leistung auf dem Garderobengebäude Spiegelfeld zu Lasten des Energiefonds wird bewilligt.

://: Die Investitionsausgabe von 105 000 (Kostengenauigkeit +/-10%) für eine Fotovoltaikanlage mit 28 kWp-Leistung auf der Turnhalle des Neusatzschulhauses zu Lasten des Energiefonds wird bewilligt.

Traktandum 8

Nr. 166

Postulat Grüne/EVP, Umsetzung Förderung Energieeinsparungen und Wiederaufnahme Umweltprojekte

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 25. Januar 2016 traktandiert.

Traktandum 9

Nr. 184

Anfrage Ch. Anliker, SVP-Fraktion: Erhöhung Kosten für die Fasnacht wegen der BVB

Gemeinderat Daniel Nyffenegger beantwortet die Anfrage. Er orientiert darüber, dass die Gemeinde im Juni 2015 eine Kostenaufstellung erhalten hat, für Tramperrungen und Umleitungen der Binninger Fasnacht. Dies als Grundlage für künftige Berechnungen. Die neu zu erwartenden Kosten sind rund dreimal so hoch, wie jene aus den vergangenen Jahren. Zum Eingangszeitpunkt des Schreibens wurde das Subventionsgesuch des Fasnachtscomités bereits durch den Gemeinderat behandelt und bewilligt. Das Fasnachtscomité benötigt schliesslich auch Zeit dafür, um die Fasnacht zu organisieren und den ganzen Motto- und Plakettenwettbewerb auszuschreiben, ergänzt er. Anschliessend liest der zuständige Gemeinderat die Fragen und beantwortet sie.

1. Wurde bereits Kontakt aufgenommen mit dem Fasnachtscomité betreffend Aufteilung der Kosten?
Antwort: Nein. In Rücksprache mit dem zuständigen Gemeinderat wurde entschieden, dass die Mehr-

kosten welche voraussichtlich im 2016 anfallen werden, alleine durch die Gemeinde getragen werden sollen. Dies wurde im Budget 2016 auch so berücksichtigt. Für die kommenden Jahre ist vorgesehen, das Thema im Rahmen des jährlichen Subventionsgesuchs des Fasnachtscomités zu behandeln und eine gemeinsame Lösung zu finden.

2. Wurde bereits mit der BVB Kontakt aufgenommen betreffend Aufteilung der Kosten?

Antwort: Ja, die Verhandlungen sind zurzeit noch im Gange. Wir gehen davon aus, dass wir die gleich guten Konditionen wie die umliegenden Gemeinden erhalten werden.

3. Welche Massnahmen wurden ergriffen / kann der Gemeinderat ergreifen, dass die Belastung die Fasnacht nicht existentiell bedroht? Wie sieht es in den Folgejahren aus?

Antwort: Die Gemeinde kann beispielsweise auch längerfristig die Mehrkosten selber tragen oder den jährlichen Subventionsbeitrag an das Fasnachtscomité entsprechend erhöhen. Möglicherweise könnten auch alternative Routen geprüft werden, welche keinen (oder nur einen kürzeren) Unterbruch der Tram- und Buslinien nach sich ziehen würden. Wie schon gesagt, soll dies jedoch erst im nächsten Frühling geklärt werden.

4. Wie sieht es bei anderen Veranstaltungen aus, welche den Verkehr blockieren. Gab es da schon Rechnungen zu bezahlen? Gibt es eine Praxis, wie die Kostenbeteiligung grundsätzlich aussieht, bei Veranstaltungen, die den Verkehr blockieren?

Antwort: Als wiederkehrende Veranstaltung ist der Gemeinde nur die Strassen- und die Schulfasnacht bekannt (Banntag ist Sache des Bürgerrates). Grundsätzlich sind die Kosten immer vom Verursacher zu tragen. Es sei denn, es wird explizit ein anderer Verteilschlüssel vorgängig definiert.

Traktandum 10

Nr. 185

Anfrage SP-Fraktion: Schwimmunterricht an der Sekundarschule Binningen-Bottmingen

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP, beantwortet die Anfrage. Er möchte vorausschicken, dass der Kanton den Mietvertrag noch nicht schriftlich gekündigt hat. In der Anfrage wird dies nicht richtig dargestellt. Auch wurde das Geschäft noch nicht im Detail im Gemeinderat behandelt. Aus dem Grund kann er als zuständiger Gemeinderat auch nur kurz auf die Fragen antworten.

1. Teilt der Gemeinderat die Meinung, dass der Schwimmunterricht in der Sekundarschule wichtig ist?

Antwort: Ja.

2. Ist der Gemeinderat bereit, sich beim Regierungsrat für eine Weiterführung des Schwimmunterrichts einzusetzen?

Antwort: Ja.

3. Hat sich der Gemeinderat überlegt, ob er die Vermietung der Dreifachturnhalle mit der Nutzung der Schwimmhalle verknüpfen kann?

Antwort: Das wird in der Detailberatung geprüft.

4. Gibt es Möglichkeiten, die Konditionen für die Nutzung der Schwimmhalle so zu ändern, dass der Kanton diese weiterhin finanzieren kann?

Antwort: Nein, der Kanton was er für den Schwimmunterricht pro Lektion bezahlt. Es gibt keinen Spielraum.

5. Ist der Gemeinderat gegebenenfalls bereit zu prüfen, ob er im Rahmen der Gesundheitsförderung (Primar- und Sekundarschule) zumindest eine eingeschränktere Nutzung der Schwimmhalle unterstützen könnte?

Antwort: Das wird in der Detailberatung geprüft.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP, informiert über eine neu angestossene Entwicklung im Bereich der Sozialen Dienste. Es handelt sich um ein Pilotprojekt, das 2016 budgetwirksam wird. Der Einwohnerrat wird heute erstmals darüber wie folgt informiert. Die zuständige Gemeinderätin erklärt, dass es sich bei dem Projekt um die folgendermassen wachsende Klientengruppe in der Sozialhilfe handelt: Junge Erwachsene ohne Ausbildung, Ausgesteuerte, ältere Langzeitarbeitslose oder Menschen mit gesundheitlichen Problemen, die nicht so fit sind, dass sie arbeiten können, aber auch nicht so krank, dass sie eine IV-Rente erhalten. Langzeitklientinnen und -Klienten sind nicht im Interesse der Sozialhilfe. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, die Arbeitshilfeintegration von Sozialhilfebeziehenden zu stärken. Es wurde ein einjähriges Pilotprojekt in die Wege geleitet, zum Betrieb einer Fachstelle Arbeitsintegration, so wie das andere, grössere Gemeinden schon länger praktizieren. Für das Pilotprojekt wurden Ziele formuliert. Mit der Fachstelle für Arbeitsintegration werden Klientinnen der Sozialhilfe, die das Potential haben, im ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, systematisch gefördert. Mit der Spezialisierung sollen die Unterstützungszeiten verkürzt- und gleichzeitig auch die Sozialhilfekosten verringert werden. Die sozialen Dienste sind damit beauftragt worden, das Projekt aufzugleisen. Der Start ist für den 1. Januar 2016 vorgesehen. Im August 2016 wird Bericht an den Gemeinderat Bericht. Im Falle einer Weiterführung, einer Integration einer solchen Fachstelle im Bereich der Sozialen Dienste, werden im Rahmen des Budgets 2017 entsprechende Anträge erfolgen.

Die zuständige Gemeinderätin informiert bei der Gelegenheit auch zum Thema Asyl: Die freien Plätze, die bisher bestanden, das Kontingent in Reinach, werden allmählich gefüllt. Mittlerweile wurden schon 22 von 30 Plätzen durch Einzelpersonen belegt.

Gemeinderätin Heidi Ernst, SP informiert anschliessend kurz über die neue Leistungsvereinbarung zwischen der Stiftung Alters- und Pflegeheim Binningen und dem Gemeinderat Binningen. Das Thema wurde auch im Binninger Anzeiger publiziert, erinnert sie. Sie weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass der Gemeinderat lernfähig ist; so hat in dem Fall der Einwohnerrat die Mitteilung noch vor den Medien erhalten. Sodann erklärt sie, was ihr persönlich an dem Geschäft ganz wichtig ist. Zukünftig ist ja der Gemeinderat nicht mehr personell im Stiftungsrat vertreten, erklärt sie. Die neue Leistungsvereinbarung gewährleistet aber dennoch künftig Mitsprache und Einfluss des Gemeinderats. Die gesetzliche Verantwortung wird somit sehr ernst genommen. Die Überprüfung des Qualität-Standards und die Einflussnahme durch den Gemeinderat ist somit auch in Zukunft sichergestellt. Als Beispiel dafür nennt sie den Gemeinderat, der auch künftig Wahlbehörde des Stiftungsrates ist, der Stiftungsrat selbst hat Wahlvorschlag.

Besonderes.

Einwohnerratspräsident Ch. Anliker erwähnt, dass sich der Alterspräsident (Jürg Humbel, FDP) für die Aufmerksamkeit des Gemeinderats und der Verwaltung bedankt. Dieser, meldet sich gleich auch noch persönlich. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit des Gemeinderats und der Verwaltung. Insbesondere auch für das Geschenk, dass bei allen Rats-Anwesenden auf dem Tisch steht. Es ist das erste Mal, in seiner Einwohnerratskarriere, dass es so etwas gegeben hat. Er versichert, dass diese Geste sehr geschätzt- und nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet wird. Das Präsent drückt seiner Ansicht nach die Verbundenheit im Saal und das gute Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Einwohnerrat aus. Er wünscht allen alles Gute und fordert die Anwesenden zum Klatschen auf, ein Akt, der in diesem Saal ansonsten unüblich ist, wie er wohlwissend bemerkt.

Rahel Bänziger, Grüne / EVP, pflichtet dem Alterspräsidenten bei und möchte sich ebenfalls herzlich bedanken.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker, SVP, möchte die Sitzung beschliessen und weist auf den bevorstehenden Apéro der SVP Binningen hin. Zuvor bittet er aber vorher die Anwesenden nochmals um Aufmerksamkeit. Dabei richtet er besondere Festtagsgrüsse an alle anwesenden Personen, wie folgt:

Geschätzte Anwesende,

Bevor ich Sie einladen darf im Namen der SVP Binningen zum anschliessenden kleinen Apero möchte ich noch ein paar Worte an sie wenden: Wie die Zeit vergeht, soeben, so kommt es mir vor, durfte ich das Amt als höchster Binniger übernehmen und heute ist schon die Hälfte der Amtsdauer schon fast wieder durch. An diesem Beispiel wollte ich aufzeigen wie schnell die Zeit doch vergeht. Es geht sicher nicht nur mir so. Ich denke, dass es ihnen ähnlich geht. Gestern konnten wir bereits die zweite Kerze am Adventskranz anzünden. Weihnachten ist nicht mehr weit. Somit stecken wir ja eigentlich mitten in der Besinnlichen Zeit. Nehmen sie sich Zeit. Halten Sie inne und nehmen Sie sich auch Zeit für sich. Besinnen Sie sich und tanken Sie Kraft. Denn bereits früh im neuen Jahr werden Sie wieder gefordert sein. Da werden wieder viele Politikerrinnen und Politiker um ihre Stimme werben. Deshalb der Aufruf an Sie besinnen Sie sich auch über die Politik und beteiligen sich dann an den Wahlen. Gehen Sie wählen, lassen sich wählen, diskutieren Sie mit. Nutzen Sie die Gelegenheit, denn die nächsten Gesamterneuerungswahlen kommen dann erst wieder in vier Jahren. Eine lange Zeit wie es klingt. Aber auch diese Zeit wird bestimmt schneller vorbeigehen als es einem vorkommt.

Jetzt bleibt mir nur noch Ihnen eine schöne Restadventszeit und ein tolles Weihnachtsfest zu wünschen. Geniessen Sie diese Tage.

Ende der Sitzung: 22.18 Uhr

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 25. Januar 2016, 19.30 Uhr.